

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Senfkraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Arbeiterfrage in Nordamerika.

Etwa um dieselbe Zeit, da Herr von Puttkamer seinen bekannten Erlaß in Bezug auf die Arbeitseinstellungen in die Welt schickte, hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Cleveland, eine Botschaft an den Kongreß in Washington gerichtet, welche sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Staats-Aktionen ist sehr auffallend. Bekanntlich nehmen die Arbeitseinstellungen in der nordamerikanischen Union einen weit andern Charakter an, als in Deutschland. In der Union gibt es eine Menge von großen Arbeiterorganisationen, die gebildet worden sind, um bei Streiks die Mittel zum Widerstand und zur Ausdauer zu beschaffen und ihnen als Stützpunkt zu dienen. Diese Organisationen haben einen Umfang, wie er in Deutschland nicht erlangt worden ist. Während es in Deutschland nur einzelne Arbeitergruppen sind, die das Mittel der Arbeitseinstellung anwenden, nehmen in Amerika auch Beamtenkategorien keinen Anstand, von diesem Mittel Gebrauch zu machen. In Deutschland laufen die Streiks meistens friedlich ab; selten kommen Gewaltthatigkeiten vor, während es in der Union schon Arbeitseinstellungen gegeben hat, die alle Verhältnisse umzukehren drohten. Man erinnere sich nur an den großen Eisenbahnstreik im Jahre 1878! Wenn nun der Präsident Cleveland nach dem Muster des Herrn von Puttkamer verfahren wollte und wenn man dabei in Erwägung zieht, wie viel umfangreicher und eingreifender die nordamerikanischen Streiks sind, als die deutschen, so müßte er mindestens vorschlagen, ein Heer von 100 000 Mann speziell gegen die streikenden Arbeiter auszurufen und ins Feld rücken zu lassen. Was hat aber Cleveland in Wahrheit vorgeschlagen? Ein offizielles Schiedsgericht einzusetzen, das aus Beamten besteht, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern „regeln“ soll. Dieser Vorschlag ist weder neu, noch besonders bedeutend, aber er trägt einen eminent friedlichen Charakter und wird, wenn ausgeführt, zum Mindesten die Differenzen zwischen den streikenden Theilen nicht vergrößern.

Man sieht, die Auffassung der beiden Staatsmänner von der Sache ist eine grundverschiedene. Herr von Puttkamer wird ohne Zweifel das Verfahren des Präsidenten Cleveland etwas leichtfertig finden von seinem Standpunkt aus. Aber warten wir erst die Erfahrungen ab, die Cleveland mit seiner Taktik macht. Wir sind von vornherein überzeugt, daß sie im Allgemeinen durchaus erfreulich sein werden.

Die Stellung der Regierungen zu den Arbeitseinstellungen ist immer eine eigenthümliche gewesen. Reist be-

schränkten sie sich darauf, dem Verlauf solcher Aktionen ruhig zuzusehen; kamen Tumulte vor und es ward Militär verlangt, so ward es bereitwilligst gegeben. Aber wir meinen, daß darin die Aufgabe des Staats, resp. der Regierungen gegenüber den Arbeitseinstellungen nicht bestehen kann. Man erinnere sich, daß vor Jahren ein großer Streik der Weber in Greiz stattfand. Damals bewog, wenn wir recht unterrichtet sind, der Fabrikinspektor die Regierung, eine Vermittelung zu versuchen, und sie gelang auch, wenn auch in diesem Falle nicht gerade zu Gunsten der Arbeiter. Aber man kam doch dahin, daß die Beschwerden der Arbeiter von den Behörden untersucht und als berechtigt anerkannt wurden. Dies ist von großer Wichtigkeit, da es sich bei den Arbeitseinstellungen gar nicht immer um Lohn-differenzen, sondern auch häufig um Verkürzung der Arbeitszeit, um sanitäre Maßnahmen und dergleichen handelt. Wenn ein solches Schieds-Gericht, wie es Cleveland vorschlägt, von Bedeutung werden soll, so gehört auch eine entsprechende Arbeiter- und Fabrikgesetzgebung dazu. Cleveland hat eine Gesetzgebung in Bezug auf die Arbeiterfrage empfohlen. Leider hat er nicht vertragen, wie er sich eine solche Gesetzgebung denkt, sondern er hat nur gesagt, daß er sie auf alle Fälle für sehr schwierig halte. Das ist allerdings nichts Neues. Aber gerade darauf, welche Grundzüge die neue Arbeitergesetzgebung haben soll, kommt es eben an.

Indessen zweifeln wir auch nicht, daß bei den Yankees, die in der großen Union dominiren, eine wahrhaft arbeitserfreundliche Gesetzgebung auf den energichsten Widerstand stoßen wird. Nirgends ist das Manchestertum so sehr in die Praxis übergegangen, als in Nordamerika, und vor einem staatlichen Eingriff in die sogenannte wirtschaftliche Freiheit scheut sich Niemand mehr als der Amerikaner. Ob Herr Cleveland den Muth haben wird, einen zehnstündigen Normalarbeitsstag vorzuschlagen? Und ob eine solche Maßregel nicht unter dem Brüllen und Stampfen „entrüsteter“ Yankees abgewiesen werden wird?

Die Union könnte mit dem Beispiel einer guten Arbeitergesetzgebung vorangehen — ob es aber geschieht? Wir wünschen es selbstverständlich, können es aber leider noch nicht glauben.

Politische Uebersicht.

Die Branntweinsteuervorlage nimmt folgende Ränge an. Die Einführung der Konsumsteuer im ersten Jahre mit 40 Pf. setzt bei einem angenommenen Ertrage von 90 Mill. Mark einen Konsum von nur 2 250 000 Hektoliter voraus. Somit würde im ersten Jahre ein Rückgang von 250 000 Hektoliter eintreten. Bei der Erhöhung der Konsumsteuer im zweiten

Jahre auf 80 Pf. und einem Ertrage von 160 Millionen Mark ist ein Konsum von nur 2 Millionen Hektoliter vorausgesetzt. Es findet also im zweiten Jahre eine weitere Verminderung des Konsums um 250 000 hl statt. Endlich im dritten Jahre bedingt bei einer Steuer von 1,20 Mark ein Ertrag von 210 Millionen Mark einen Konsum von nur 750 000 hl, also einen weiteren Rückgang um nochmals 250 000 hl. — Die Branntweinhandlender und Schankwirthe werden große Verluste zu erwarten haben. Nach der Steuervorlage sind zur Zahlung der Konsumsteuer (1,20 Mark pro Liter) diejenigen Personen verpflichtet, welche ein Verkaufsgeschäft betreiben, aus welchem Branntwein unmittelbar an Verbraucher im Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft veräußert wird. Außerdem haben diejenigen, welche Branntwein bereiten oder damit Handel treiben, die Verbrauchsabgabe für den in ihrem Haushalt verbrauchten Branntwein zu entrichten. Die Verkäufer haben den Branntwein, welchen sie bereiten oder von anderen beziehen, bei oder unmittelbar nach der Aufnahme auf das Lager in ein Steuerbuch einzutragen. Der allmonatlich auf Grund des Steuerbuches festzustellende Abgabebetrag ist spätestens am letzten Tage des dritten, auf die Anschrift des Geschäftes von der Stellung einer Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Frachtbriefe, Steuerquittungen etc. sind zwei Jahre lang aufzubewahren und der Steuerbehörde auf deren Verlangen vorzulegen. Die Steuerbeamten sollen außerdem befugt sein, die Aufbewahrungsräume von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends zu besuchen und dort Ermittlungen vorzunehmen. — Die Anlage neuer Brennereien soll bekanntlich in Zukunft nicht mehr gestattet werden, sondern seitens der Behörden von dem Bedürfnis abhängig gemacht werden. Dazu bemerkt der „Westf. Merkur“ sehr richtig: „Den Brennereien, welche jetzt zufällig bestehen, ein Monopol für die Branntwein-Versorgung Deutschlands zu geben und die bisher nicht mit Brennereien versehenen Gegenden grundsätzlich des Rechts auf diese Industrie zu berauben, widerspricht doch allen geltenden Begriffen von Gemeinwohl und Rechtsgleichheit. Am allerwenigsten ist es zu ertragen, daß es in das Ermessen der Regierung gelegt wird, ob Personen oder Ortschaften die Vortheile dieser Industrie erhalten oder entbehren sollen; zum mindesten müßte diese Entscheidung einem unparteiischen Selbstverwaltungsorgan zugewiesen werden, und es müßte Vorkehrungen getroffen werden, daß die einzelnen Landestheile gleiche Chancen haben; denn sonst läuft die Sache auf eine Bevorzugung des Kartoffelschnapsbrennenden Ostens von Preußen hinaus, und einer der verwerflichsten Zwecke des Monopols würde auf diesem Umwege wiederum erreicht.“ — Daß Süddeutschland von den Segnungen der neuen Steuer ausgeschlossen werden soll, wird auch seine Unannehmlichkeiten haben. Wie jetzt bekannt geworden ist, soll nach Einführung der Branntwein-Konsumsteuer eine Uebergangsabgabe von dem aus Bayern, Baden und Württemberg nach Norddeutschland eingeführten Branntwein erhoben werden von 150 M. per 100 Hilo. In den beiden Ueber-

Feuilleton.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

„Du willst wieder fort, George?“ sagte die Mutter. „Ja, Mama — heute Abend sehen wir uns doch bei Volten; nicht wahr, Ihr kommt auch hin?“ „Ich weiß es noch nicht, mein Sohn,“ erwiderte die Gräfin — „ich habe etwas Kopfschmerz — aber vielleicht doch.“ „Du bist gar nicht mehr zu Hause, George,“ bemerkte der Vater, „man bekommt Dich wirklich nur noch beim Essen zu sehen.“ „Ja, besser Vater,“ lachte George, „ich habe jetzt drei Pferde zureiten, und das kann ich doch nicht hier im Park thun. Der Fingal macht mir am meisten zu schaffen.“ „Aber es ist ein vortreffliches Pferd,“ nickte der Vater, „Du hast da einen guten Kauf gemacht, halte ihn nur auch gut.“ „Wie meinen Augapfel, Papa,“ lachte der junge Mann. „Also auf Wiedersehen in der Stadt!“ und war im nächsten Augenblick verschwunden. Paula blieb mit ihren Eltern allein im Zimmer, denn Mademoiselle Beauteemps trank keinen Kaffee und benutzte diese kurze Zeit stets, um in ihrem Zimmer ein Viertelstündchen Siesta zu halten, worin sie Paula niemals störte. Sie wollte jetzt ebenfalls das kleine, freundliche Gemach verlassen, als der Vater, der mit auf den Rücken gelegten Händen auf und ab gegangen war, leise sagte: „Paula!“ „Rein Vater!“ „Ich und Deine Mutter möchten ein paar Worte mit Dir reden.“ „Mit mir, Vater?“ „Ja, mein Kind,“ sagte der alte Herr, indem er vor-

ihren stehen blieb, ihr leise mit der rechten Hand das Kinn emporschob und freundlich fortfuhr: „Sieh, mein Schatz, Du bist nun schon vor zwei Monaten siebenzehn Jahre alt geworden und — eben kein Kind mehr.“ „Mademoiselle Beauteemps betrachtet mich aber noch als ein solches,“ sagte fast unbewußt Paula, denn ein schmerzhaftes, gleichsam eisiges Gefühl schnürte ihr in dem Augenblicke beinahe die Brust zusammen. Sie ahnte, was folgen würde. „Mademoiselle Beauteemps...“ sagte der Vater rasch, brach aber kurz ab, hustete und lächelte still vor sich hin. „Nun, Du wirst nicht mehr lange mit ihr geplagt werden, Kind,“ fügte er dann mit trockenem Humor hinzu, „und was ich eben jetzt mit Dir reden wollte — das heißt ich und Deine Mutter —, soll gerade dazu dienen, Dich von ihr frei zu machen.“ „Rein lieber Vater!“ flüsternte Paula und warf einen Blick nach der Mutter hinüber, die am Fenster stand, mit einer kleinen Scheere ein paar abgeblähte Rosen von einem Stod schnitt und die Blätter hinausstreute. „Versteht Du, was ich meine?“ „Rein, mein Vater,“ hauchte das junge Mädchen. „Und doch siehst Du beinahe so aus, als ob Du es verstündest,“ lächelte der alte Herr. „Aber ich will mich kurz fassen, mein Kind, denn große Umschweife sind unter uns ja doch nicht nöthig. Ich frage Dich also geradeaus, mein Herz, hast Du noch nicht daran gedacht, Dir einen Lebensgefährten auszusuchen?“ „Rein lieber, lieber Vater!“ „Aber, George,“ sagte die Gräfin kopfschüttelnd, „Du fällst doch auch wohl da ein klein wenig zu sehr mit der Thür ins Haus. Das ist kaum eine diskrete Frage für ein junges Mädchen, die das überhaupt auch wohl ihren Eltern überlassen wird.“ „Ich weiß nun gerade nicht,“ lächelte der alte Herr, „ob Paula damit so recht einverstanden sein würde. Aber eben weil ich glaube, daß sich unsere Gedanken auf halbem Wege begegnen, habe ich so direkt gefragt, denn ich bin überzeugt, ich schreie nicht weit vorbei, wenn ich vermute, daß Du den jungen Grafen Volten gern hast — wie,

Schatz? Er ist wenigstens auf allen Vällen Dein unermüdlischer Länger, und das Bielliebchen, das Du neulich mit ihm gegessen — nun, Du brauchst nicht bis hinter die Ohren roth zu werden, meine Puppe — wir sind Alle nicht besser gewesen, als wir jung waren.“ Ueber Paula's Stirn und Wangen hatte sich allerdings im ersten Augenblicke tiefe Röthe ergossen, im nächsten Moment aber schon schoß das Blut wie in einem Strom zum Herzen zurück und ließ ihr Anlich todtensüßlich, während sie leise, aber fest sagte: „Du irrst Dich, Vater — ich liebe den jungen Grafen nicht.“ „Nicht?“ „Du liebst ihn nicht?“ wiederholte aber auch die Mutter und drehte sich rasch und wie erstaunt der Tochter zu. „Und das sagt das Mädchen mit einer solchen Bestimmtheit, als ob damit die ganze Sache abgemacht und beseitigt wäre!“ „Der Vater hat mich gefragt, Mama,“ und er verlangt ja doch Wahrheit von mir.“ „Das allerdings, mein Herz,“ sagte der alte Herr ruhig, während sein Blick forschend an dem Anlich der Tochter hing, „die verlangt er in der That — aber kannst Du mir einen Grund angeben?“ „Und wäre es Liebe, Vater, wenn man einen Grund dafür nennen könnte?“ „Um,“ sagte der alte Herr, dadurch selber in Verlegenheit gebracht, „Du scheinst Nutzen aus Deiner Verkümmert zu haben, mein Köpferchen. Die Sache ist denn aber doch zu ernsthafter Natur, um ihr durch ein Wortspiel auszuweichen; so höre denn, was ich Dir darüber zu sagen habe. Ueber die Familie Volten selber brauchte ich kein Wort zu verlieren; wir haben sie alle gern und sind lange, lange Jahre damit befreundet — wie geachtet und geschätzt sie im ganzen Lande sind, weißt Du außerdem, und unser alter Name braucht sich wahrlich nicht zu schämen, neben dem ihrigen genannt zu werden. Gubert ist dabei ein junger, lebenswürdiger Mensch, talentvoll, gutmüthig, ein bischen aufbrausend zwar, aber das wird sich mit den Jahren geben, und außerdem der einzige Sohn. Daß er Dich gern hatte, habe ich — und ich muß gestehen, zu meiner Freude

gangsjahren soll diese Uebergangsbabgabe 70 bezw. 110 M. betragen. Daraus erhellt schon, daß eine Grenzdemochung behufs Durchföhrung der Branntweinsteuer gegen Süddeutschland wird eintreten müssen, wie sie mit solcher Strenge kaum vor Errichtung des Zollvereins stattgefunden hat.

Die „National-Zeitung“ schreibt in einem leitenden Artikel über die Branntweinsteuer vorlage: „Auf alle Fälle ist dagegen Widerspruch zu erheben, daß auch dieser neue Plan der Branntweinsteuer-Reform wieder zur Anwendung von Sondervortheilen an die Brenner zugestimmt wird, wie es anscheinend durch den Vorschlag einer Erhöhung der Exportbonifikation von 16 auf 21 Mark geschieht. Die Branntweinsteuer soll zur Befriedigung der Reichs- und Staatsbedürfnisse erhöht werden, nicht zur Subventionierung der Brenner.“ — Die „National-Zeitung“ glaubt ferner nicht an die staatliche Einschränkung der Produktion und bemerkt von diesem Standpunkt aus sehr zutreffend: „Die Erhöhung der Steuer in drei Jahresraten (von 40 auf 80 und 120 Mark) scheint uns bedenklich. Wenn man durch einjährige Lagerung des Spiritus 40, durch zweijährige 80 Mark Steuer am Hektoliter gewinnen kann, so wird diese Ausfaat im ersten der drei Jahre eine enorme Steigerung der Produktion veranlassen, durch welche die Reichskasse für die nächsten Jahre um große Summen kommen und die Kalamität der Ueberproduktion gesteigert werden würde; denn die letztere ist bekanntlich leichter hervorzurufen, als einzuschränken.“

Eine Antwort, ebenso gerecht wie fein-ironisch, ertheilte jüngst der Fachverein der Metallarbeiter zu München dem Festkomitee für die König Ludwig-Jubiläumfeier, das den Fachverein zur Mitwirkung an den Sammlungen aufgefordert hatte. Die Arbeiter schrieben folgenden Brief als Erwiderung auf die Zuschrift des Komitee's:

„Das schönbare gedruckte Schreiben wurde in der letzten Vereinsversammlung vom Sonntag Vormittag, den 4. d. M., den anwesenden Mitgliedern bekannt gegeben. Diese debattirten darüber, die übereinstimmende Meinung aller war aber, daß der Verein, gewiß durch bittere Erfahrungen früherer Jahre, es unmöglich wagen könne, eine Sammlung vorzunehmen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes doch absolut unflathhaft ist. Unter allen Umständen sei zuvor das verehrte Centralkomitee um die gütige Auskunft angeben, ob es und im Interesse, doch offenbar gegenwärtigen Falle für unbedingte Straflosigkeit zu garantiren im Stande sei oder ob es für den gegebenen Fall eine Aufhebung und Rechtsunmöglichkeit des einschlägigen Verbots erwirkt habe, so daß also hier erlaubt wäre, was sonst unter Androhung empfindlicher Strafen strenge verboten ist? Dem geehrten Festkomitee wird es daher keine Ueberraschung sein, wenn ihm hierdurch der Beschluß des Metallarbeiterfachvereins ergebnis unterbreitet wird, daß der freundlichen Einladung insoweit eine Folge nicht gegeben werden kann, als nicht das verehrte Komitee die Güte hat, den Verein betreffs der vorstehend geäußerten berechtigten Bedenken ausreichend zu beruhigen. Außerdem wird noch darauf hingewiesen, daß der Verein durch Beteiligungen an der Feier sich noch der weiteren Gefahr aussetzt, geschlossen oder zum mindesten für „politisch“ erklärt zu werden, da Fachvereine sich gesetzlich nur um ihre internen Berufs- und Fachinteressen bekümmern dürfen. Gründen sich doch die von der königl. Polizeidirektion verfügten und von der I. Regierung bestätigten Schließungen dieser Fachvereine u. a. gerade darauf, daß die „rechtliche Würdigung“ jeweils ein Hinausgehen des Vereins über seinen ihm vom Gesetze aufs Engste begrenzten Thätigkeitsbereich ergab. Es ist doch wahrlich nicht anzunehmen, daß die I. Polizeidirektion hier speziell ein Auge zudrückte und gewöhren ließe, was sie sonst so unerbittlich ahndet! Die I. Polizeidirektion weiß sehr gut, daß das Rechtsbewußtsein der Arbeiter sowie deren Hochachtung vor unsern staatlichen Organen durch nichts schlimmer erschüttert und geschädigt würde, als durch ein Doppelmaß, mit dem von den gesetzlichen Aufsichtorganen die Thätigkeit der Fachvereine gemessen würde. Es ist deshalb auch bezüglich dieses Bedenkens eine entsprechende Beruhigung von dem verehrten Komitee zu erbitten. Zum Schluß sei mir dann noch gestattet, mich der weiteren Obliegenheit zu entledigen, das tit. Centralkomitee zu benachrichtigen, daß der Fachverein der Metallarbeiter sumeist aus Männern besteht, welche es angeht, der sonst ihnen stets werdenden rechtlichen und gesellschaftlichen Zurücksetzung nicht über sich gewinnen können, mit ihren Beiträgen an einem Feste mitzuwirken, bei welchem sie sozusagen nur als Staffage zu dienen hätten. Man bedenke doch, wie diese Männer schon behandelt wurden! Sogar auf ihre Bitte um Ueberlassung eines Schulsaales zur Abhaltung von Beichensunden antwortete der Magistrat kurzweg abschlägig. Wie soll da der Verein noch die Lust verspüren, selbst für den besten Zweck, insofern er nicht unbedingt in der speziellen Aufgabe des Vereins enthalten ist, irgendwie sich zu engagiren?“

Dieser Brief ist es wohl werth gewesen, daß wir ihn, als geschichtliches Dokument, auch weiteren Kreisen des Lesepublikums zugänglich machen. Demselben einen Kommentar hinzuzufügen, birge Wasser ins Meer tragen.

— Schon seit längerer Zeit bemerkt; daß Du ihm nicht abgeneigt warst, konnte Jeder sehen, der Euch nur ein paarmal zusammen beobachtet hat. Dazu kommt, mein liebes Kind, daß uns Beide, Deine Mutter und mich, diese Verbindung mit dem Volten'schen Hause glücklich machen würde, und ich bin überzeugt, daß alles dies zusammengekommen, wenn Du es Dir überlegst, Deinen Entschluß bestimmen muß. Ich brauche Dir nur noch zu sagen, daß heute Morgen, als wir in der Stadt waren, der alte Graf bei mir förmlich um Dich für seinen Sohn angehalten hat, und ich hoffe, wir können ihm heute Abend eine gute Antwort mitnehmen — wie, mein Schatz?“

„Mein lieber Vater, ich — ich bin noch so jung!“

„Darin hast Du recht, und das habe ich meinem Freunde Volten selbst entgegnet; er sieht das auch vollkommen ein, und Du sollst nicht gedrängt werden. Wir haben deshalb beide ausgemacht, daß die Trauung nicht früher als an Deinem achtzehnten Geburtstag stattfinden; um uns aber das Glück unserer Kinder zu sichern, wollen wir die Verlobung am nächsten Freitag hier bei uns feiern, wozu uns Deine gütige Mama einen kleinen Ball arrangiren wird — bist Du damit einverstanden?“

„Dränge sie nicht zu sehr, George,“ sagte jetzt die Mutter freundlicher, als sie bis dahin gesprochen. „Ihr Männer seid Euch darin doch alle gleich, das folgt Schlag auf Schlag, und da soll das arme Kind auf jede Frage auch augenblicklich antworten! Versteht sich, wird sie wollen, aber Du siehst doch, daß sie jetzt bald roth, bald blaß wird — laß ihr doch nur Zeit, erst Athem zu holen!“

„Meine liebe, liebe Mutter!“ rief Paula und warf sich, von ihren Geföhlen überwältigt, an der Mutter Brust.

„Aber, ma illo!“ sagte diese, sich rasch und erschreckt losmachend — „komm, mein Herz, komm, wozu diese Aufregung — Du weißt, Kind, wie das immer meine Nerven angreift, und mein Kopf schmerzt mich überhaupt heute.“

„Aber ich liebe ihn nicht, Mama!“ bat Paula in Todes-

Die Vereinbarungen zwischen England und Deutschland über die Abgrenzung der Reichsgrenzen im westlichen Theile des Ozean, welche in der Hauptache schon im April 1885 getroffen, und jetzt am 9. und 10. April 1886 formalisirt worden sind zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und dem britischen Vizekonsul Sir Malet, werden nunmehr durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Die erste „Erklärung“ bezeichnet die Demarkationslinie näher. Deutschland und England verpflichten sich, außerhalb des darin genau bezeichneten Gebietes weder Erwerbungen zu machen noch Schutzverträge anzunehmen noch der Ausdehnung des britischen bezw. des deutschen Einflusses entgegenzutreten, bezw. alle früheren Gebietserwerbungen oder Schutzverträge aufzugeben. Keine Anwendung findet diese Erklärung auf die Samoa-Inseln, die Tonga-Inseln, mit welchen Verträge abgeschlossen sind, noch auf die Sevaga-Inseln, welche Inselgruppen nach wie vor ein neutrales Gebiet bilden sollen, noch auf irgend welche Inseln, welche jetzt unter der Souveränität oder unter dem Schutze einer anderen civilisirten Macht stehen. In der zweiten Erklärung sichern sich Deutschland und Britannien innerhalb der betreffenden Gebiete gegenseitig Gleichberechtigung in Handel und Verkehr, in Niederlassungen und in der Religionsübung zu, ebenso gleiche Behandlung der Schiffe. Streitige Ansprüche auf vorher erworbenen Land sollen auf Antrag durch eine gemischte Kommission entschieden werden. Beide Regierungen verpflichten sich, in dem westlichen Theile des Ozean keine Strafmassnahmen einzurichten oder Straffänge dorthin zu bringen. Ausgenommen sind die Kolonien, welche jetzt bereits vollständig eingerichtete Regierungen mit gesetzgebenden Körperschaften haben.

Preussische Volksschulen. Aus Sorau in der Niederlausitz berichtet die dortige liberale Zeitung: „In einzelnen Klassen der hiesigen Volksschule werden 120 bis 125 Kinder von einem einzigen Lehrer unterrichtet.“ Eine Korporalschaft, der ein Unteroffizier vorsteht, hat wohl für gewöhnlich 15 bis 20 Mann! In den Realschulen und Gymnasien sitzen in einer Klasse nicht mehr als höchstens 40 Schüler, die von mehreren Lehrern in den Spezialfällen unterrichtet werden und wozu der Staat ganz erhebliche Summen spendet!

Oesterreich Ungarn.

Am österreichischen Herrenhause wird die Mittelpartei, auch „Rechtsklub“ genannt, einen neuen Sprachengesetzentwurf einbringen, der aber von dem Scharfsmied'schen Staatsprachengesetz wesentlich abweicht. Der deutschen Sprache soll darnach nicht der Charakter der „Staatsprache“ aufgedrückt werden, sie soll als „Vermittlungssprache“ zwischen den Behörden eine gewisse Ausnahmestellung erhalten. Da die „Mittelpartei“ im Herrenhause dem Grafen Taaffe sehr nahe steht, so ist wohl anzunehmen, daß der neue Sprachengesetzentwurf ein Fühler sei, den die österreichische Regierung herausgestreckt hat. Viel Glück dürfte die Regierung indes damit nicht haben, denn die slavische Presse bekämpft den neu-entworfenen Entwurf mit derselben Leidenschaftlichkeit, wie seinerzeit den Scharfsmied'schen Entwurf.

Schweiz.

Der Bundesrath bevollmächtigt die schweizerische Gesandtschaft in Berlin, der deutschen Reichsregierung die Wiederaufnahme der 1880 unterbrochenen Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses einer Uebereinkunft betreffend Gleichsetzung der Eheschließung von gegenseitigen Staatsangehörigen zu beantragen.

Der Bundesrath wird bei den eidgenössischen Räten die Umwandlung der im Jahre 1880 abgeschlossenen 35 Millionenanleihe beantragen, von welcher bereits 32 426 000 Frks. zurückgezahlt worden sind. Da das Geld augenblicklich sehr billig ist und voraussichtlich auch nicht ein Steigen des Geldmarktes zu erwarten steht, wird die Bundeskassa jedenfalls damit ein gutes Geschäft machen.

Der Gewerbeverein von Zürich verlangte fast einstimmig die Kündigung der Handelsverträge.

Die Landgemeinde Uri nahm fast einstimmig die Progressivsteuer an.

Belgien.

Das von der Regierung eingebrachte Gesetz zur Bestrafung der Auforderung und Verleitung zu Verbrechen durch Wort oder Schrift auch ohne Erfolg findet in der Kammer bei beiden Parteien einstimmige Ablehnung. Die Artikel bezeichnen es geradezu als konstitutionswidrig. Es wird daher entweder ganz umgearbeitet oder einfach abgelehnt.

Frankreich.

Freycinet empfindet angeßichts der Wendung in der griechischen Frage, die einem Aufschlusse aus dem europäischen Einvernehmen gleichkommt, das Bedürfnis, seine Politik zu rechtfertigen und bereitet ein Geldbuch vor.

Ran scheint in Frankreich dem großen Werke, welches man schon länger geplant hat, nämlich einen für die größten Kriegs- und Handelschiffe fahrbaren Kanal zwischen der Bucht von Biscaya und dem Mittelmeer, also einen Nord-Ostsee-Kanal im g.ßeren Maßstabe zu bauen, ernstlich näher treten zu wollen. Zwei technische Ausschüsse, wovon der eine aus

angst. „Der junge Graf ist ein braver, lieber Mensch, aber — aber . . .“

„Aber, mein Kind?“ fragte die Mutter streng.

„Er — er paßt nicht für mich — er — hat für nichts Sinn, als für seine Pferde und Gewehre — er haßt Musik und Bücher — er . . .“

„Lauter Verbrechen, nicht wahr?“ lächelte die Mutter spöttlich — „und kann er deshalb nicht ein guter Ehemann werden?“

„Und soll das Herz denn gar keine Stimme haben, Mama?“ flüsterte das arme, gequälte Mädchen — „soll denn nur immer todter Rang und Reichthum Verbindungen schließen und Menschen auf ewig an einander ketten, die sich ohne diese nie gefunden oder nur gesucht hätten?“

„Todter Rang und Reichthum, meine Tochter?“ sagte der Vater ernst — „ich glaube, Du solltest uns dankbar dafür sein, daß wir Dir die, Dir gebührenden Vorrechte auch erhalten und verwahren, Du wirst doch nicht glauben, daß ich Dich je unter Deinem Stande verheirathen würde?“

„Wißt Du mich nicht glücklich sehen, Papa?“ fragte Paula herzlich.

„Gewiß mein Kind, das ist mein heißester Wunsch,“ erwiderte der Vater, aber eben deshalb muß ich jetzt über Dich wachen, daß Dich Dein leicht erregtes Herz nicht zu einem Schritt hinführt, den Du später schwer bereuen und dann sicher unglücklich dadurch werden würdest. Aber wie ich Dir schulde, für Dein Glück zu sorgen, so schuldest Du auch uns, die Ehre unseres Hauses aufrecht zu erhalten, und wer Dir dabei am besten rathen kann, sind denn doch wohl Deine Eltern selber.“

„Und wenn ich vorher wüßte, daß ich unglücklich werden würde?“

„Paula,“ sagte der Vater ernst, „ich bitte Dich, nur jetzt, wo es sich um Deine ganze Zukunft handelt, Deine überspannten Romane und phantastischen Ideen aus dem Spiel zu lassen! Du hast uns schon neulich einmal so eine Andeutung gemacht, daß Du Dich an der Seite des ärmsten Mannes glücklich fühlen könntest, wenn „Eure Seelen,“ wie Du Dich beliedest ausdrückst, mit einander harmo-

genieuren, der zweite aus Vertretern der Marine und des Handelsstandes besteht und worin der Vize-Admiral Martin den Vorsitz führt, werden nächstens ihre Studien betreffs der Grabung dieses Kanals wieder aufnehmen.“

Großbritannien.

Wie blind die irischen Protestanten gegen die Selbstverwaltung des katholischen Irlands kämpfen, ergibt sich aus folgendem. Auf dem Rennplatze bei Belfast fand am 26. d. eine großartige Kundgebung von Orangisten statt, bei der Gladstone's Homerule-Bill die abspredendste Beurteilung zu Theil ward und die nachstehende Resolution zur Annahme gelangte: „Daß, sollte diese Maßregel des Premierministers ausgedrungen und wir der Regierung derjenigen überliefert werden, die unsere bittersten Feinde, die Feinde der Krone und der Verfassung gewesen sind, und deren erste Anstrengungen gegen unsere religiösen und kommerziellen Interessen gerichtet sein werden — wir hiermit förmlich und ruhig erklären, daß wir jene Regierung nicht anerkennen werden, daß wir gegen die Besteuerung durch ein irisches Parlament Protest einlegen, und die Zahlung der von ihm auferlegten Steuern verweigern werden; und ferner, daß wir bis zum Aussersten allen Versuchen, solche Zahlungen zu erzwingen, Widerstand leisten werden. Wir fordern die Männer von England, Schottland und den Kolonien, die in dieser großen Krisis unserer Geschichte auf unserer Seite stehen, auf unseren Protest jetzt und später zu unterstützen, wenn wir genöthigt sein sollten, eine entschloßeneren (!) Haltung für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten einzunehmen, die ihre und unsere Väter für uns errungen haben. Das ist also die Drohung der Bürgerkrieges, welche die Protestanten von Ulster da ausgesprochen haben. Der Londoner Korrespondent der „Times“ schreibt mit Bezug darauf: „Der ausgesprochene Beschluß der Royalisten in Ulster, der Ausübung von Home Rule, wenn es nothwendig werden sollte, mit Gewalt Widerstand zu leisten, dürfte als ein wichtiger Punkt in der weiteren Erörterung der Frage figuriren. Es kann sein, daß, wie oft verkündet wird, die Radikalität des Widerstandes thatsächlich in der Organisation begriffen ist. Ob es eine Thatfache ist, daß zu diesem Zwecke ein Ausschuß gebildet wurde und ob derselbe zahlreiche Anerbietungen von Unterstützung mit Mitteln und Geld aus verschiedenen Theilen Englands erhalten hat — darüber wird nach dem Wiederzusammentritt des Unterhauses eine Interpellation gestellt werden.“

Gladstone's Manifest (vergl. „Letzte Nachrichten“ von gestern) ist nach der „Fr. Zig.“ völlig unerwartet gekommen. Dasselbe erschien in Extraausgaben der Blätter ohne Kommentaire. Gladstone ist gestern nach London zurückgekehrt, um dem Kabinetsrathe beizumohnen. Man glaubt, daß die im Manifest enthaltene Erklärung, daß das Parlament aufgeföhrt werden soll, nur für das Prinzip von Home Rule zu stimmen, ohne Rücksicht auf die Einzelheiten der Vorlage, viele noch schwankende Mitglieder der liberalen Partei dazu bewegen werde, die Maßregel zu unterstützen.

Italien.

In Italien ist eine bedenkliche Krise, theilweise veranlaßt durch den unglücklichen Ausgang der Expedition des Grafen Borro, eingetreten. Die Bevölkerung ist aufgeregt, weil die Gräueltathen des Sultans von Harrar fast unter den Augen der italienischen Garnison in Jellab geschehen konnten. Das Land macht die Regierung hierfür verantwortlich. Der „Königsberger Carl. Zig.“ läßt sich schreiben, daß möglicherweise bei den kommenden Neuwahlen Depressi sich einer sehr gefährlichen Vereinigung von Anhängern der alten Linken (den oppositionellen Centralisten und Radikalen) mit den Rechten gegenübersehen könne. — Dies wäre allerdings eine unnatürliche Allianz. Jedenfalls ist dem armen Premierminister seine Wablaktion erschwert. Wie dem „Wien Fremdenblatt“ telegraphisch gemeldet wird, kam es auch in Neapel zu ersten Unruhen. Studenten und Arbeitervereine verlangten Rache für die Niedermetzelung Porro's. Kundgebungen und Versammlungen wurden vorgenommen, in allen Kantonen stand das Militär unter Waffen. — Auch die „Berl. Volk. Nachr.“ kommen auf die Vorgänge in Harrar zu sprechen. In seiner eigenen Selbstschätzung willen, so meint das offizielle Organ, kann Italien den Vorfall nicht ungefühlt lassen. Die Zukunft seiner afrikanischen Bestrebungen steht dabei auf dem Spiel. Schon werden abessinischerseits ganz offen die Vorkämpfungen zu einem Kriegszuge gegen den Schlüssel der afrikanischen Position Italiens am Rothem Meer, gegen Raschid betrieben, so daß den Italienern ohnehin kaum eine andere Wahl bleibt, als die ihrem Feinde drohende Beeinträchtigung mit gewaffneter Hand zurückzuweisen. Schnelligkeit des Handelns ist daher angezeigt, um wenigstens den moralischen Effekt zu sichern, der bei halb- oder ganzwilden Völkern oft wichtiger ist, als der materielle.

In Brindisi sind vom 2. Mittags bis 3. Mittags eine Choleraerkrankung und ein Choleraodesfall vorgekommen. In Ostuni sechs und in Viano drei Choleraerkrankungen.

nirten. Es ist der alte Unsinn mit „eine Hütte und ein Herz,“ der so lange stichhaltig bleibt, bis das Herz eben in die Hütte hineingezogen soll und die Räumlichkeit dann überflutet zu beengt findet. Glaube mir, mein Kind, solche Dinge sehen sehr hübsch auf dem Papier aus, und lassen sich trefflich bei einer warmen, mond hellen Nacht durchschmökern, aber sie gleichen jenen wunderbar schillernden Duallen, die an der Oberfläche der See herumschwimmen und von Weitem einen prächtigen Anblick gewähren, nimmt man sie aber in die Hand, so bleibt nichts übrig, als eine graue, schlammige Blase, welche man mit Gel und Wasser von sich wirft. „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ ist ein altes, gutes und wahres Sprichwort, und wir finden das in der Natur bestätigt, wohin wir blicken. Ein Adler könnte sich da eben so wenig daran gewöhnen, einen Bund für das Leben mit einem Truthahn zu schließen, und von Körnern und Kartoffelschalen zu leben, weil ihm die Seelen vielleicht sympathisiren — es geht eben nicht, und die Grafentochter würde sich elend und unglücklich fühlen, wenn sie aus der gewohnten Sphäre niedersteigen und in einer Hütte leben sollte. Das sind eben jugendliche Lehren, die ich auch nicht zu hoch anschlage und deshalb gern verzeihe. Nun sei aber vernünftig, mein Lächelchen, Du bist alt genug dazu. Wir haben eine Wahl für Dich getroffen, die Dein Herz nur mit Freude und Dankbarkeit gegen uns erfüllen kann, also füge Dich dem; denn Du weißt wohl, daß Deine Eltern nie ihre Einwilligung zu einer Verbindung unter Deinem Range geben würden, so daß Du wirklich je thöricht genug sein, selber an Derartiges erst zu denken.“

„Mein Vater . . .“

„Daß nur sein, mein Kind — ich wüßte ja, daß meine gutes Lächelchen nicht den Lieblingsplan ihrer Eltern kreuzen würde; also werde ich das Weitere schon selber mit Volten's in Ordnung bringen. Du darfst Dir indessen immer Deinen Ballplatz zurecht machen,“ setzte er lächelnd hinzu, indem er ihr leise das Kinn empordruckte und einen Kuß auf ihre Stirn drückte, „und daß wir nachher ein recht munteres, fröhliches Bräutchen haben, davon bin ich überzeugt . . .“

Paula
nung
nöthige
halb d
bedung
In
Beleuch
In
Kubel
und es
durch
durch
D
Lage
schlimm
schiebe
den
Bend
der
wäre
richte
Die Fe
ringier
beson
Stande
glückl
welen.
Stimm
den F
ruffsch
menn
wie Be
So wir
und M
dabei n
schleht
Kubel
No
ein neu
vor
Gesam
gänun
der von
schienen
sei, die
und da
set.
hige di
rigen
D
offiziell
reich se
bellage
der Lei
geopfer
den R
fremd i
bellien
Frieden
La
Berjan
6 Uhr.
dießab
erstau
auf der
einer G
betr. di
schau
werdun
legung
erford
Jage d
dem Z
thum
erstatu
Bisglo
Führer
sühung
lichen
N
tation,
vor ein
Berlän
melde
„Baro
Perrsch
froh w
sprach
Zugen
ein w
untent.
D
Paula,
Stimme
auf da
füßert
F. Z.
— nid
und R
glückl
Pänder
Stadt,
eines
mann
verwah
halbwe
Besch
hinauf
D
daran
gemei
rechte
noch e
mit P
einige
Zheil

Rußland.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Transkaukasien ist jetzt definitiv beschlossen...

In den Waggon der transkaukasischen Bahn ist elektrische Beleuchtung eingerichtet worden.

In Odessa fanden am Abend des 27. April antisemitische Ausschreitungen statt. Dieselben dauerten ungefähr eine Stunde...

Die preussische Polenpolitik hat viel dazu beigetragen, die Lage der Deutschen in russisch-Polen zu verschlimmern. So wird der „Weser Zig.“ aus Warschau berichtet...

Balkanländer.

Nach einer Meldung der „Polit. Corr.“ aus London steht ein neuer Schritt der Mächte in Athen unmittelbar bevor.

Das „Wiener Ftbl.“ in äußeren Angelegenheiten hochoffiziell, meint man möge in Athen nicht irrtümlich auf Frankreich so hohe Hoffnungen setzen.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 6. Mai etc., Nachmittags 5 Uhr.

Neue Straße und Brücke. Auf Antrag der Baudeputation, Abtheilung II, hat der Magistrat beschlossen...

Ein Diener öffnete in diesem Augenblick die Thür und meldete, in feierlicher Haltung an der Schwelle stehend: „Baronesse von Halldorf läßt fragen, ob es der gnädigen Herrschaft genehm wäre...“

Der Besuch mußte empfangen werden, und die arme Paula, das Herz zum Brechen schwer, zog sich auf ihr Zimmer zurück, schob den Kiegel hinter sich vor und sank auf das Sopha.

Paradies und Hölle. In der Schlossgasse zu Hatzburg — denn die alte Stadt, welche in längstvergangenen Zeiten einmal der Sitz eines Erzbischofs gewesen, hatte die verschiedenen Benennungen aus ihrer Glanzperiode noch getreulich aufbewahrt...

Was die zahllosen Gruppen, Bilder und Arabesken daran alle bedeuten sollten, wäre wohl schwer zu entziffern gewesen — möglich, daß selbst die Urheber derselben keine rechte Idee davon gehabt.

Schützen-Kaserne und dem Proviantamt von der Köpcke-Straße nach der Spree führt. Sowohl die örtliche Straßenbau-Polizei als das Polizei-Präsidium haben, wie die „Nat. Zig.“ schreibt, dem Projekt bereits zugestimmt.

Benutzung der Leichenhallen. Die auf den hiesigen Begräbnisplätzen befindlichen Leichenhallen sind im Jahre 1885 zur Einstellung von 9798 Leichen benutzt worden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Wählabenteurer von fünf konservativen Wobiter Wahlmännern hat für dieselben noch ein unangenehmes Nachspiel gehabt. Am 5. November v. J. hatten der Restaurateur Schwarz, Rentier Lehmann, Sattler Rosenberger, Bäcker Möhling und Schmiedemeister Philippus ihrer Pflicht als Wahlmänner zur Landtagswahl in der Tonhalle zu genügen.

Reichsgerichts-Entscheidungen. (Nachdruck verboten.) Leipzig, 3. Mai. (Berechtigter Drohung.) Der Landwirt Klee aus der Kasseler Gegend war eines Tages im Oktober v. J. auf seinem Felde mit Eggen beschäftigt, als der Lehrer Sch., dessen Feld an das seinige anstößt, im Begriff stand, ein Fruder Dünger über sein (Klee's) Ackerland fahren zu lassen.

durch die Zeit und Sturm und Wetter mishandelte Riesen, die zwischen Drachenköpfen und Ungeheuerschwänzen ihren Platz behaupteten, das Portal zu tragen schienen.

An eine Renovation dieser geschwundenen Pracht hatte freilich Niemand gedacht. Das Haus gerieth in die Hände einer Familie, die seine Lage für eine Wirtschaft passend fand, da es dem Theater schräg gegenüber und auch in der Nähe des Domes wie des Rathhauses stand, und der neue Eigentümer, mit einer unbestimmten Ahnung, daß die vielen Engel wohl eine Andeutung der künftigen Seligkeit selber sein könnten, nannte seine Wirtschaft drinnen nach den Sinnbildern draußen „Zum Paradies.“

Der Mann verdiente viel Geld damit, und als er älter und ihm das Geräusch und die eigene Unbequemlichkeit eines solchen Lebens zu groß wurde, ließ er die Wirtschaft eingehen, den oberen Stock zu Familienwohnungen einrichten und bezieht nur die unteren Räumlichkeiten mit den Kellern für sich, in welchen er eine ganz vortreffliche Weinstube etablirte.

Der alte Trauwest war von jeher ein aufgezeichneter Weinkenner gewesen und hatte immer etwas auf ein gutes Getränk gehalten. Seine Weinstube bekam deshalb bald einen Namen und die in Hatzburg ansässigen „Künstler“, lustiges, lustiges Volk, das solche Plätze immer am besten aufzusüßern weiß, erwähnte den Ort zu seiner Künstlerkneipe, wozu ihnen der Birth, damit sie nicht mit dem gewöhnlichen irrenden Pfahlbürger und Stammgast einen Tisch zu besetzen brauchten, ein kleines besonderes Rästlerchen hübsch einrichten und sogar mit Eichenholz austüpfeln ließ.

bei Drohungen könne aber eine solche Beschränkung nicht eintreten. Der Reichsanwalt erachtete die Revision als begründet und beantragte Aufhebung des Urtheils. Er wies darauf hin, daß dem Angeklagten von einer Berechtigung des SchL, über seinen Acker zu fegen, nichts bekannt gewesen sei, er habe also in dem guten Glauben gehandelt, daß er berechtigt sei, jeden Eingriff in sein gutes Recht zurückzuweisen und zwar nöthigerfalls mit Gewalt.

Ein ähnlicher Fall kam am 30. April vor dem II. Strafsenat zur Verhandlung. Der Restaurateur Werner in Berlin war vom Landgerichte wegen versuchter Nötigung zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Er hat als Miether einen Keller inne, und in diesem befindet sich ein Raum, in welchem der für das ganze Haus bestimmte Gasmeter steht.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Unter dem kaufmännischen Stand in England ist jetzt eine lebhaftere Agitation im Gange, um durch Gesetz eine Kürzung der Arbeitszeit in den offenen Läden und sonstigen kaufmännischen Geschäften zu erreichen. Dieselbe hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Kein anderer als Sir John Lubbock, der bekannte philanthropische Bankier, — Philosoph und Entomologe, der das Leben der Biener- und Ameisenstaaten studirt und beschrieben hat und dem die Londoner Geschäftswelt ihre vier, dem ausgelassenen Vergnügen gewidmeten Bankfeiertage verdankt, — hat sich bereit erklärt, einen von dem Verein ausgearbeiteten Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen.

hinein, so daß sich der kleine, maleisch geschmückte Raum bald in ein ordentliches Paritäten-Kabinet verwandelte.

Aus Kunst und Leben. Im Wallner Theater beginnt heute das Ensemble-Gastspiel der Münchener Mitglieder des königl. Theaters am Gärtnerplatz unter Direction des Herrn M. Hofpauer mit der Komödie: „Almentausch und Edelweiß“, einem oberbayerischen Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in 5 Akten, nach Dr. von Schmid's Erzählung gleichen Namens von Hans Ruert.

Zu welchen Mißverständnissen gefürzte Telegramme führen können. Ein Fabrikant in Lüdenscheid hatte in Frankfurt a. M. eine Drehbank bestellt. Als dieselbe ankam, war ein Fuß derselben abgebrochen. Sofort wurde die li-fertige Firma davon durch das Telegramm „Fuß gebrochen“ in Kenntniß gesetzt.

Vergeßlicher Heirathsantrag. In mehreren Pariser Journalen fand sich in den letzten Tagen folgende Annonce: „Ich bin Beamter, besitze ein Einkommen von zwölftausend Franks und möchte ein vermögungsloses Mädchen zur Frau, das aber kein Nieder, keine Tournüre und keine Böckchen tragen darf, da ich diese Auswüchse der Mode verablichere. Anträge unter „Natur“ an die Expedition.“

Charakteristisch für die englische Denkweise. Von Inspektoren hält er nicht viel; die würden den Geschäftsleuten lästig sein. Er will vielmehr die Aufsicht selbst in die Hand nehmen. Begeht sich ein Ladeneinhaber gegen das Gesetz, so will der Verein flugs werden. Als Strafe für die Uebertretung ist ein Strafgehalt von 20 Mark vorgesehen, das sich im Wiederholungsfall erhöht. Man hofft, daß die Einführung eines derartigen Gesetzes genau die nämliche Wirkung haben würde, die dem Feinhandelsgesetz für die Fabriken nachgefolgt ist, nämlich die Arbeitszeit überhaupt für alle Beschäftigten auf die im Gesetz angegebene Zeit zu beschränken. Eventuell hat aber der Verein noch eine weitere Maßregel in Aussicht genommen, einen Gesekentwurf, der es dem Kaufmann eines bestimmten Geschäftszweiges in jedem Orte oder jedem Bezirke einer größeren Stadt anbelangt, durch einen Beschluß, der mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sein muß, die Schließung aller Geschäfte ihres Zweiges um 8 Uhr Abends an fünf Wochentagen, um 10 Uhr Abends am Sonnabend zwangsweise herbeizuführen. Dieser Mehrheitsbeschluß wird für erforderlich gehalten, da die Erfahrung bewiesen hat, daß sonst ein einziger Kaufmann in seinem Bezirk seine Konkurrenten zur Offenhaltung ihrer Geschäfte bis spät in die Nacht hinein zwingen kann. In den bewährten Händen Lubbock's hat der erstere Gesekentwurf viel Aussicht auf Erfolg.

Zur Wohnungsfrage. Bereits mehrfach haben wir an der Hand der Statistik den Nachweis dafür erbracht, daß da wo das Lohnminimum ist, auch das Wohnminimum sich vorfindet, d. h. daß die beschlossenen Arbeiter am dichtesten zusammengedrängt in den kleinsten und ungesündesten Räumen wohnen. In der Weberstadt Aachen fand A. Thun, daß in den aristokratischen Straßen:

Theaterstraße . . .	0,53	Einwohner auf einen bewohnten Raum (Zimmer, Kammer, Küche.)
Hochstraße . . .	0,55	
dagegen in dem Arbeiterviertel:		
Sandlauer . . .	2,8	
Königsstraße . . .	3,0	
Bergstraße . . .	3,8	

kommen. Von den reichen Leuten in der Theaterstraße und Hochstraße hat jeder zwei Räume zur Verfügung, während in den Proletarierquartieren 2,3 bis 3,6 Personen in einer Stube hocken. Wenn man die eigentlichen Arbeiterhäuser nimmt, so gestaltet sich das Verhältnis noch viel schlimmer. Es kamen auf den bewohnbaren Raum 2 B. in der Bergstraße

in 5 Häusern . . .	40 Einwohner
" 5 " . . .	50 "
" 4 " . . .	81 "

Und dann wundert man sich noch, daß diese Armen immer mehr verkommen, und jetzt über die Verwahrlosung des Volks. Und dabei wohnen sie verhältnismäßig theurer als die Bourgeoisie. „Weil diese Familien so arm sind, sagt unser Gewährsmann, wohnen sie auch verhältnismäßig sehr teuer.“ Das ist die Strafe der Armut.

Anmeldung gewerblicher Unfälle. Die „Rieser Zig.“ meldet: „Der Herr Generalsekretär hat bei der Regierung zur Sprache gebracht, daß seitens der Ortspolizeibehörden ihm vielfach Unfälle gemeldet würden, welche durchaus nicht als gewerbliche betrachtet werden könnten; so z. B. sollen vielfach Anzeigen über Selbstmorde, Verunglückungen auf der Straße durch Uebertreten etc., Auffindung von Leichen etc., eingehen. Mit Bezug hierauf hat die Regierung die Herren Landräthe etc. veranlaßt, die unterstellten Polizeibehörden mit Anweisung dahin zu versehen, daß nur solche Unfälle dem Herrn Gewerberat zu melden sind, welche im Zusammenhange mit gewerblichen Betrieben vorgekommen sind, diese aber ausnahmslos.“

Die „Land. Bürgerzeitg.“ bemerkt hierzu: „Wird diese Notiz nicht geradezu verblüffend? So also ist die Intelligenz der preussischen Behörden beschaffen, daß sie gewerbliche oder Vertriebsunfälle nicht einmal von gewöhnlichen Unfällen zu unterscheiden vermögen. Nun denke man sich einen solchen weisen Vertreter einer der betreffenden Polizeibehörden als überwachenden Beamten in einer Versammlung, in welcher über irgend eine gesetzliche Materie verhandelt wird. Und diesen Polizeibehörden wird durch den Vorklamer'schen Erlaß, die Streiks betreffend, das Recht eingeräumt, zu entscheiden, ob „sozialdemokratische Tendenzen“ dabei zu Tage treten. Nun, Se. Excellenz muß ein seltsames Vertrauen zu dem Dibelwort haben: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.“ Ob dies Vertrauen nicht durch obige Mitteilung des Gewerberaths ein ganz klein wenig erschüttert worden ist?

Streik. Seit Freitag Morgen haben in Aachen sämtliche Maurergesellen ihre Arbeiten eingestellt. Sämtliche Neubauten sind unterbrochen, die Maurerpoliere allein stehen auf den Baustellen den Meistern zur Verfügung, aber die Gesellen weigern sich ganz entschieden, die Arbeiten unter den bestehenden Verhältnissen wieder aufzunehmen. Wie verlautet,

wären dieselben wohl mit der Vöhrung zufrieden, doch wollen sie unter keinen Umständen nach früherem Brauche von 5 Uhr, sondern erst von 6 Uhr früh an arbeiten. Unterhandlungen sind im Gange. Die Gesellen werden ihre Forderungen aller Wahrscheinlichkeit nach durchsetzen.

Der Streik der Zimmerer in Guben hat, wie die „G. Z.“ meldet, nunmehr keine Endschacht erreicht, obwohl der Normallohn nicht zugestimmt worden ist; dagegen haben die Maurer schon jetzt eine kleine Zulage erhalten.

Die Maurer in Sünderland haben am 28. April die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt bereits 1700 Mann. Die Meister wollten die Löhne um 1/2 Penny (zirka 4 Pfennig) kürzen. Bisher wurde ein Betrag von 8 Pennies (zirka 65 Pfennig) per Stunde bezahlt. Der Streik greift täglich weiter um sich. Es sind zwar Verhandlungen im Gange, doch haben die Deputationen der Maurer bis jetzt noch keinen Erfolg erzielt.

Aufruf der Bahreuther Kavierarbeiter. Arbeiter und Kollegen Deutschlands! Unsere Lage ist, wie Ihr Euch leicht denken könnt, sehr kritisch, da mit aller Kraft von oben darauf hingearbeitet wird, uns zu vernichten. Nicht allein, daß Herr Steingräber trotz vieler Verluste mit uns nicht unterhandeln will, da er auf diese Weise die alten Arbeiter, welche jahrelang ihre Kräfte für ihn einsetzten, los werden will, wahrscheinlich damit er sie in späteren Zeiten, wenn sie gänzlich „unbrauchbar“ werden, nicht zu unterstützen braucht. Auch die hiesige Eisen- und Metallfabrik will dem Herrn St. beihilflich sein, indem derselbe keine Leute von uns einstellen will, trotzdem er sehr notwendig welche braucht und solche in auswärtigen Blättern sucht. Kollegen! Sollt ihr die den Stolz der Herren wirklich nicht brechen können und hier keine Unterstützung finden, so sind wir entschlossen, lieber Bayern zu verlassen, als die Fabrik wieder zu betreten. Wir bitten Euch deshalb, unterstützt und noch Kräfte, um wenigstens, wenn es so weit kommen sollte, mit Ehren abziehen zu können. Wir bitten, haltet Fußgänger fern. Mit Gruß und Handschlag der Vorkämpfer H. Wellhöfer, Münzstraße 170.

Vereine und Versammlungen.

hr. In der öffentlichen Versammlung der Lackierer, welche, sehr zahlreich besucht, am Montag bei Meist, Kommandantenstr. 71, unter dem Vorsitz des Herrn Jacob tagte, konstituierte sich der „Verein der Lackierer aller Branchen zur Wahrung ihrer Interessen“. Der Vorsitzende verlas das von der Kommission aufgearbeitete Statut. Nachdem ein unwesentlicher Zusatz und die Abänderung, daß Mitgliederversammlungen mindestens alle 14 Tage (anstatt „alle 4 Wochen“) stattfinden sollen, gutgeheißen waren, wurde das vorgelegte Statut im bloßen einstimmig angenommen. Der Zweck des Vereins ist laut § 1: „Die Lackierer aller Branchen in Berlin und Umgegend zu einer gemeinnützigen Korporation zu vereinigen und das Wohl der Mitglieder zu fördern“. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Mitglieder- und öffentliche Versammlungen mit Vorträgen, durch Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, durch Pflege der Kollegialität und Humanität, durch unentgeltlichen Arbeitsschweiss und Rechtschutz. Gemäßigten Mitgliedern und solchen, welche im Interesse der Gesamtheit die Arbeit niedergelegt haben, soll Unterstützung gewährt werden. Zu diesem Zweck soll neben dem Vorstande eine von Vereinen gewählte Interessen-Kommission von 15 Mitgliedern bestehen. Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pf., der wöchentliche Beitrag auf 10 Pf. festgesetzt. Die große Mehrheit der zirka 200 Anwesenden ließ sich in die Mitgliederliste eintragen. Aus den dann vollzogenen Wahlen ging der folgende Vorstand hervor: Jacob und S. Müller 1. und 2. Vorsitzender, Jacobi und Saor 1. und 2. Kassierer, John und Nielsch 1. und 2. Schriftführer, Schmiedede, Mietzsch und Rautenhaus Beisitzer.

hr. In einer sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung der Sattler und Berufsgenossen, welche am Sonnabend bei Gratwell stattfand, legte Herr Wirths die Beschlüsse vor, welche die Lohnkommission beauftragt, ein Gesetz zur Durchführung etwa nötiger werdender Arbeitsstellen nach dem notwendigen Generalfonds gefaßt hat. Für jede Werkstatt soll ein Delegierter eingesetzt werden, der in das ihm übergebene Versteckbuch die Namen aller in der Werkstatt beschäftigten Kollegen und die gezahlten Beiträge einzutragen hat. Die Sammlung der Beiträge soll jede Woche ein anderer Kollege vornehmen. Die Ablieferung der gesammelten Beiträge an den Kassierer der Lohnkommission soll durch die Delegierten gegen Quittung in den Büchern erfolgen. Das Referat über die Lohnbewegung der Sattler erstattete Herr Viehänder. Er hob hervor, daß bisher die Sattler Berlins mehr als die Arbeiter anderer Gewerbe es verabsäumt hätten, sich eine Organisation zu schaffen, daß in Folge dieses Umstandes ihre

Löhne noch tiefer herabgedrückt seien, als in den meisten anderen Gewerben, und daß die nächste Aufgabe in ihrer jetzigen Lohnbewegung die Bekämpfung der Arbeitszeit sein müsse. Herr Berg (Sattlermeister) schilderte die trostlosen Lohnverhältnisse, die besonders in den Werkstätten der Militär-Einheiten herrschen, in sehr eingehender Weise. Darauf theilte der Vorsitzende mit, daß die Lohnkommission sich in folgender Weise konstituiert habe: Wirths, erster, Steinhilber, zweiter Vorsitzender, Viege, Schriftführer, Guffmann, Kassierer, Raibauer, Wendi und Richterberg, Beisitzer. — Nach sehr langen Debatten, welche Herr Sander, der Vorsitzende der Lohnkommission der Tapezierer, dadurch hervorrief, daß er das Markensystem für die Einziehung der Beiträge zum Generalfonds empfahl, wurde beschlossen, zunächst noch das Buchsystem beizubehalten. Der wöchentliche Minimalbeitrag wurde auf 10 Pf. festgesetzt. Vor Schluß der Versammlung wurden noch Mitteilungen über das Verhalten eines Innungsmeisters und eines Werkführers gemacht und die Verhättnisordnung der Treibriemenfabrik von Fleischer (in der Büldenstraße) mitgeteilt, in welcher den Arbeitern unter Androhung der Entlassung verboten wird, in den Fabrikräumen Bier oder Spirituosen zu trinken, ferner die Pflicht auferlegt wird, ihren Gehalt, wenn er in die Werkstatt eintritt, „in geziemender Weise“ begütigen und sowohl vor Beginn der Arbeit als auch nach dem Aufhören der Arbeit sich im Komtoir zu melden.

In der Versammlung der Vereinigung deutscher Schmiede am 1. Mai erstattete der Kassierer Rassenberger. Der Kassierer Herr Bött besichtigte, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, leider habe er auch gefunden, daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen restieren, was wohl den schlechten Arbeitsverhältnissen während des verfloffenen Winters zugeschrieben sei. Er ermahnte die Mitglieder, sich mehr als bisher für den Verein zu interessieren. Hierauf wurde Herr Viehänder zum Schriftführer gewählt. Alsdann wurden sehr lebhaft Debatten geführt über die Abrechnung der Lohnkommission und über den Arbeitsnachweis. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, welche von großem Vortheil für den Verein sein sollten. Hierauf giebt H. Mengel, Leiter der Lohnkommission der Berliner Stellmacher, einen kurzen Ueberblick über den Stand der Bewegung, worauf beschlossen wurde, den Rest des Agitationsfonds den streikenden Stellmachern vorläufig zu übermitteln. Nachdem der Fragekasten erledigt, theilte Herr Rathes mit, daß der diesjährige Sommerabendball des Vereins am 24. Juli im Volksgarten, Hassenhaide Nr. 1, stattfinden wird.

Die Arbeiterinnenbewegung des Nordens kehrt wieder in Fluss zu kommen und die Störungen der letzten Zeit überwunden zu haben. Die öffentliche Arbeiterinnenversammlung, die vorgestern im „Weddingpark“, Müllerstraße, unter Vorsitz von Frau Steindorf stattfand, war verhältnismäßig gut besucht und trug jenen sachlichen Ernst zur Schau, der der Würde und der Wichtigkeit der Sache entspricht. Sie veranlaßte eine Anzahl Frauen, sich als Mitglieder im Verein aufnehmen zu lassen. An Stelle des nicht erschienenen Referenten sprach Frau Cantius unter lebhaftem Beifall über „Bildung, Freiheit und Brod“. Rednerin wußte ihre Aufgabe recht glücklich zu lösen. Eine lebhaft Diskussions schloß sich an. Frau Steindorf führte zu dem von der Referentin behandelten Thema des modernen Bildungsschwinds einige charakteristische Beispiele an; Frau Gubela verbreitete sich über die Ziele der Frauenbewegung, Frau Lohse über die gewerkschaftliche Organisation speziell der Mantelnäherinnen; sie bezeichnete einen Streik, hervorgewachsen und getragen von einer starken Organisation, als das einzige Mittel für die Mantelnäherinnen, ihre traurigen von ihr mit Zahlen belegten Zustände des Gewerbes zu bessern; Frau Bötting erinnerte daran, daß ein gesetzlicher Normalarbeitsstag notwendig und mit allen Mitteln zu erstreben sei. Die Männer, welche sich an der Diskussion beteiligten, führten diese von der Debatte des Gedankens weiter aus. Herr Boy machte besonders auf die neuerdings wieder auftauchende „Kurrendfingerei“ aufmerksam, die von allen Seiten dieselbe Verurteilung erfährt. Auch der Vorklamer'sche Erlaß wurde in seinen eventuellen Folgen für die Lohnbewegung der Frauen besprochen und die Befähigung der Statuten des Arbeiterinnen-Vereins in Dresden von Seiten der sächsischen Polizeibehörde kritisiert.

Verband deutscher Zimmerleute (Local-Verband Berlin-Süd). Versammlung am Donnerstag, den 6. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den Industriehallen, Mariannenstr. 112. Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Fragekasten. — Zimmerleute haben Zutritt.

Arbeiter-Bezirksverein Süd-Ost. Mittwoch, den 5. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Venkenorf über den Befähigung. Diskussion. 2. Verschiedenes und Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Theater.

Mittwoch, den 5. Mai.
Oberhaus. Bild und Mod.
Schauspielhaus. Er muß auf's Band.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Wallner-Theater. Almenrausch und Gelbes.
Aachener-Theater. Theodora. Drama in 8 Bildern von B. Sardou.
Welle-Alhance-Theater. O, diese Männer!
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Rigeunerbaron.
Malkalla-Theater. Das lachende Berlin.
Belieres aus der Berliner Theatergeschichte mit Bezug und Tanz in einem Vorspiel und 8 Akten von Jakobson und Wilsen.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Amor. Tanz-Voem von Luigi Manzotti.
Odeon-Theater. Die Waise aus Romoob.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Vassage 1 Tr. 9 R. — 10 R.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche:
Reise durch das Riesengebirge.
Ober-Italien. Como-Sec. Pompeji. Gertha-Reise. Eine Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. [1527]

Allen Bekannten u. Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Freund und Kollege, der Former **Edward Witzig**, am 3. d. M., früh 4 Uhr, nach kurzem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Leichenhause des Michael-Richthofs (Prig. Schauffee) aus, statt. Der Sachb. d. Former u. verw. Berufsge.

Neu **G. Sodtke**. Neu Admiralstr. 38. Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf. Mittags (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier. Abendtisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939]

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage die geschäftliche Leitung des Vereins, wie Anmeldung von Kranken, Rechtschutz, Maßregelungen etc. an den zweiten Vorsitzenden, Kollege Schaar, übergehen. Sprechstunden täglich von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 8 bis 10 Uhr Vormittags, Reichsbergerstr. 125, Hof, 2 Tr. 1. Ich sage allen Kollegen, Freunden und Genossen bei meinem zweimonatlichen unfreiwilligen Fernsein ein herzliches Lebewohl. [1564] **Fr. Zubell.**

Reinen Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich die **Restauration des Hrn. Gerike, Wienerstr. 50**, käuflich übernommen habe. Jedem ich hiedurch ein freundlichen Zuspruch bitte, wird es mein eifrigstes Bestreben sein, allen Wünschen meiner geehrten Gäste Rechnung zu tragen. **Wahlungsloos** **Jul. Kadatz.**

Wo spüren Sie? In der ersten alten pommerischen Küche, Dranienstraße 181, Hof parterre, bei **Blain**. Frühst. 30 Pf., Mittagstisch m. Bier 50 Pf., Abendtisch, v. 30—50 Pf., nach Auswahl. 1440

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren eigener Fabrik von **E. Hertel**, Tischlerstr., Linienstr. 180, dicht a. d. Friedrichstr. Große Auswahl und ganze Zimmer-Einrichtungen wirklich vorkler und guter Möbel, in nußbaum und mahagoni, Garnituren in Plüsch, Rips und Phantasiestoff. Stoffe liegen zur Auswahl bereit. [815] Theilzahlung gestattet.

Restaurant Ferd. Mitani, Wiener-Straße 31, empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein neu renovirtes **Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.** Guter, reichhaltiger Frühstück-, Mittags- und Abendtisch. [1400] Ein großes Vereinszimmer steht den geehrten Gästen zur Verfügung.

August Herold Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112. **Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.** Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 784

7 Mark. Vollene Stoff-Rosen neuester Façon. **20 Mk. elegante Anzüge.** **15 Mk. Sommer-Paletots.** **4 Mk. elegante Knaben-Anzüge.** **Gebr. Neustadt,** [1623] Jerusalemstr. 41, Ecke Krausenstraße. Soeben erschien Nr. 28 des **„Wahren Jakob“.** Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44. [1229]

Soeben erschien: **Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage** Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 30. März 1890. **Drittes Heft.** Zu beziehen durch die Expedition des „**Volksblatt**“, Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Schloßhergejellen werden verlangt. **Mädler, Raumnstr. 26.** Zwei tüchtige **Bordmachersellen** Kellerei verlangt **G. Franks, Rigdorf, Steinmetzstr. 19.**

Der Prozeß Eckert.

II.

(Hamb. Post.) Die Lungenschwindsucht ist die Geißel des 19. Jhs. Lassen wir die Zahlen sprechen. Offen wir aus den zahlreichen Gruppen der Metallarbeiter einige Erwerbszweige heraus und betrachten wir sie nach den Krankheitsarten, von denen sie befallen werden. Es litten von 100 Erkrankten an: Lungen- und Bronchialleiden: *)

Table with 5 columns: Erwerb-zweige, Btblisse, Chron., Emphy., Pneumonie, Im Ganzen. Rows include Grob- und Feinweberei, Metallarbeiten, etc.

Man sieht, bei diesen Branchen zählen hohe Prozentziffer ihrer Kranken zu den Lungenschwindsüchtigen. Geradezu kolossal ist die Ziffer bei den Feinwebern, indem von 100 Erkrankten Feinwebern durchschnittlich 91,8, also fast 92 an Krankheiten der Athmungsorgane laboriren, an Lungenschwindsucht speziell nicht weniger als 74,4 und darunter wieder an Btblisse, an Lungenschwindsucht 62,2!

Diese statistische Tafel ist mit ihren nüchternen Ziffern die furchbarste Warnungstafel auf dem Wege, den unser moderner Industrialismus unaufhaltsam wandelt. Sie ist ein erschreckender Posten in dem Sollen und Haben des Kapitalismus, aus dem wir lernen, wie großartig die Gefahren sind, die dem Voloq unserer anarchischen Wirtschaftsordnung zum Opfer fallen. Die Sterblichkeit unter der gewöhnlichen Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und darüber ist nicht halb so groß, wie z. B. unter den Schleifern von Solingen, es ergibt sich ein Unterchied, den die gewandtesten Harmonikapfeiler nicht wegdisputiren können. In dem sogenannten "schönen Alter", das aber für die unglücklichen Schleifer nur eitel Mühe und Plage ist, werden die meisten von der tödtlichsten aller Krankheiten dahingerafft. Das blühende Rennebalt ist es, in dem diese Branche schonungslos dezimirt wird. Sind doch von den in den Jahren 1870-74 Gestorbenen über 50 Jahre:

Schleifer 1,8 pCt., Eisenarbeiter 9,2 pCt., die übrige Bevölkerung 21,9 pCt.

Dies zeigt uns, wie wenig Schleifer eine höhere Altersgrenze erreichen, es beweist, daß die desglösten Arbeiter in Bezug auf Kranklichkeit und Mortalität der Bourgeoisie gegenüber das traurige Vorrecht haben, am leichtesten häufigsten und schwersten zu erkranken, am schnellsten dahin zu stürzen und zu sterben.

Lassen wir A. Thun*) sprechen: „In den hiesigen Tuchfabriken wurde während des hausindustriellen Betriebs von 7 bis 7 1/2 Uhr, nach Einführung der Maschinen von 6 bis 8 Uhr und während der Hitze des amerikanischen Geschäfts sogar Nachts gearbeitet; ähnlich war es in den Spinnereien und Kragen-Fabriken. Das Minimum der Arbeit in den Textil-Fabriken war effektiv 12 Stunden; gewöhnlich betrug sie 14-15 Stunden, oft und zwar nachweisbar 16-17 Stunden. Die Kinder arbeiteten tags in Reih und Glied mit den Erwachsenen. Die ganze Arbeitszeit über blieben sie ununterbrochen in der Fabrik, selbst ihr Mittagmahl, oft nur in einem Stückerl Brot bestehend, schlangen sie zugleich mit dem Staube des Spinnstahls in sich hinein; von Bewegung in freier Luft war keine Rede, wo sollten sie bei schlechtem Wetter und bei der Kälte in ihrer dürftigen Kleidung hin? Das Resultat war: Schwächlinge, übermüdet, der Kopf gründig, die Augen triefend, die Brust schwindelnd, der Magen leidend; zum Militärdienst taugten sie nicht, in die Schule kamen sie nicht...“

Wir glauben, dieses Bild ist anschaulich, ist typisch. Ueber die Wohnverhältnisse können wir uns sehr kurz fassen, da wir sie schon oft berührt haben. Abscheuliche, enge, licht- und luftlose Höhlen, das sind die Quartiere des größten Theils der Arbeiter. In hiesigen kommen in Bourgeoisvierteln auf eine Person zwei Räume, in den Arbeiterwohnungen auf drei durchschnittlich 2,3 bis 3,6 Menschen in einer Stube zusammen. Das genügt!

So kommt es, daß das werththätige Volk rasch ins Grab sinkt, daß die Geschlechter der Proletarier so rasch sich ablösen, daß die geistige und leibliche Entartung des Proletariats einen immer gewaltigeren Umfang annimmt, daß, um die neureich-deutschen Patrioten an ihre Interessen zu mahnen, das Mißwachs stetig herabgesetzt werden muß. Zunahme der Noth, des Elends, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lebenshaltung, mangelhafte Ernährungsweise, schauerhafte Gesundheitsverhältnisse, Verkürzung der durchschnittlichen nationalen Lebensdauer, steigende Krankheits- und Sterbeziffer, das ist das Loos der Arbeiterklasse.

Der Knabe Eckert litt so und starb so, wie gemeinlich das werththätige Volk lebt, leidet und stirbt. Sein Untergang ist die Martyrologie des Proletariats.

Für den Knaben Eckert trat die Staatsgewalt, der öffentliche Ankläger, in die Schranken, um für den Geforderten Rechenschaft zu fordern; für das Kind des reichen Mannes, der mehr als zehntausend Mark Jahresrente besitzt.

Wer aber erhebt Anklage für die unendlichen Leiden des Volkes?

Wer erhebt Anklage und wer straft die Unternehmer, die Kapitalisten, die Fabrikanten, die in ihren Fabriksälen, in ihren Werkstätten Myriaden jugendlicher Arbeiter exploittiren?

Wo findet das Volk Schutz gegen die systematische Ausbeutung, gegen die methodische Erschöpfung der Arbeitskraft, gegen die schrankenlose Ausnützung, gegen alle die Mißstände des Kapitalismus?

Das Volk selbst muß dafür sorgen, daß die Ursache seiner Leiden, die soziale Noth, beseitigt, daß die Produktionsweise reformirt wird.

Also entschiedenster Kampf für gründliche Arbeiterschutzesgesetzgebung, für soziale Reform auf volksthümlicher Grundlage!

Sel das Volk Staatsanwalt, sei das Volk der Kläger, der an die Gesellschaft den ersten Mahnruf richtet: Schafft bessere Zustände!

Das lehrt uns

Der Prozeß Eckert.

*) Krankheiten der Luftröhren, des Kehlkopfs. Industrie am Niederrhein, 1. Th. S. 177.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 4. Mai, 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Götter, Lucius und Kommissarien, später Fürst v. Bismarck und v. Puttkamer. Die Tribünen sind überfüllt.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze, ein.

Abg. Gneist (gegen die Vorlage): Meine hochzuverehrenden Herren! (Oho! im Centrum. Heiterkeit.) Die nationalliberale und in ihrer großen Mehrzahl auch die konservative Partei hat die kirchenpolitischen Vorlagen der Staatsregierung 1872 bis 1875 unterstützt in der Ueberzeugung, daß Gesetze dieser Art notwendig seien, um das Reber-einandersehen zweier historisch von Hause aus regierender Kirchen in unserem Lande zu ermöglichen. Wir haben das mühevollte Werk damals zu Stande gebracht, keineswegs in der Meinung, etwas Vollkommenes zu schaffen; wir wußten, daß Reibungen zwischen Kirche und Staat für längere Zeit aus solchen Gesetzen entstehen, und unvorhergesehene Härten in der Ausführung zu beseitigen, waren wir nach unseren Kräften bereit. Auch die gegenwärtige Regierungsvorlage ist der Art, daß ihr in ihrer ursprünglichen Gestalt eine Anzahl meiner politischen Freunde für gewisse einzelne Zugeständnisse zustimmen sehr wohl im Stande sein würden. Aber gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt müssen wir an dieser Stelle die nach unserer Ueberzeugung wesentlichen Grundzüge der Maßregelung aufrecht erhalten, nicht aus Feindseligkeit gegen die Kirche (wachen im Centrum), so wenig wie die österröische und mittelaltliche Gesetzgebung aus Feindseligkeit gegen die römische Kirche eingeleitet ist, sondern wegen der Natur dieser Kirche aus rein sachlichen Gründen. Um nur einige wichtigste Gesichtspunkte hervorzuheben, welche die Vorlage in dieser zersetzten, unzusammenhängenden Gestalt unannehmbar machen, so sind dies folgende: Ein erstes Hinderniß ist der Verzicht des Staates auf die für ihn notwendige Mitwirkung bei der Vorbildung der Geistlichkeit. Daß die Berufsbildung der Geistlichen eine immense kirchliche Angelegenheit ist, wird heute von Niemandem bestritten. Der Staat kann an der strengen Hierarchie der römischen Kirche nichts ändern. Er muß den Bischof der katholischen Geistlichkeit anerkennen, obgleich derselbe die Diener der Kirche dem nationalen Leben in gewissem Maße entfremdet. Er muß auch die Ausbildung der von uns sogenannten Kandidaten für das Priesteramt, für den unmittelbaren Dienst der Kirche in den Priesterseminaren als rein kirchliche Angelegenheit gelten lassen. Aber das Vorhandensein dieses Personals in dem Stadium der Unmündigkeit und Rinderjährigkeit, vor Erpfang der höhern Weihen, kann der Staat nicht anders als eine gemeinschaftliche oder gemischte Angelegenheit ansehen, weil davon in Deutschland der Friede zwischen den Bekennern beider Kirchen an erster Stelle abhängig ist. Ein Mangel der jetzigen Vorlage für uns ist die verkehrte Situation, in welche die sogenannte Anzeigepflicht jetzt gekommen ist. Die Pflicht eines jeden Geistlichen, sich durch sein Anstellungsvertrag auszuweisen, ist überhaupt keine „Konzeßion“, welche der Staat von irgend Jemandem zu erbitten hätte. Der Geistliche, der irgend eine Anzeigepflicht, der irgend einen Anspruch auf Stolzgebühren, Desem oder andere Temporalien erhebt, der im Kirchenvorstand mitwirkt, der irgend ein Amt mit öffentlichem Glauben ausfüllen will, muß sich zur Sache legitimiren, sei es durch ein Anstellungsvertrag, durch eine amtliche Anzeigepflicht oder analoge Beglaubigung. Dieser Punkt kann doch kein Streitpunkt sein, sondern ist selbstverständlich. Die Maßregeln haben aber die Anzeigepflicht in Verbindung gebracht mit dem Einspruchsrecht des Staates gegen die Anstellung, nicht als eine Konzeßion der Kirche, sondern als eine Konzeßion des Staates an die Kirche. Der preußische Staat beansprucht für die Anstellung der Geistlichen kein Bestätigungsrecht, wie es in Bayern, Elsaß-Lothringen und anderen deutschen Staaten besteht, bis in die neueste Zeit auch in Sachsen. Er beansprucht auch seit den Maßregeln kein allgemeines Veto mehr, kein Verbot der Ausübung des Amtes, wie es aus dem unbeschränkten Aufsichtrecht des preußischen Landraths und anderen Befugnissen folgt. Er beschneidet sich vielmehr auf bestimmte enghesgrenzte Gründe des Widerspruchs gegen eine Besetzung der Stelle, die in den Maßregeln weit mehr beschränkt sind, als in Bayern, Württemberg, belden Hessen und anderen Ländern. Er behauptet sein Einspruchsrecht weiter auf eine kurze Frist von 30 Tagen und beschneidet es bis zu der späteren Novelle auch noch durch einen Gerichtsanspruch. Das Recht zu einem solchen Widerspruch kann man doch unmöglich dem preußischen Staat bestreiten, wenn man überhaupt ein staatliches Aufsichtrecht anerkennet, d. h. ein Unterjagungsrecht, ein Recht, Störungen des öffentlichen Friedens und Hindernisse der öffentlichen Ordnung zu beseitigen. Wie eine Gesetzesvorlage in der jetzigen Gestalt ohne sorgfältige Berathung in einer Kommission von wenigstens 21 Mitgliedern behandelt werden kann, ohne ein für ein preußisches Gesetz nahezu unausführbares, widerspruchsvolles Material zu liefern, ist nicht wohl einzusehen. Denn wenn ich von mir selbst schließen darf, so wird keiner auch der nachfolgenden Redner im Stande sein, die Tragweite dieser durcheinander gemworfenen Sätze und ihr Verhältnis zu einer Reihe anderer Verwaltungsgesetze mit einiger Sicherheit zu übersehen. Eine Berathung im Plenum ohne die nothdürftigste Information über die Einzelheiten dieses schwierigen aller Staatsrechtsgebiete könnte nur auf eine Formalität hinauslaufen. Gegen solche Ueberfahrungen sollten wir die Rede unserer eigenen Geschichte doch nicht ganz vergessen. Alle Konföderate und organischen Gesetze Deutschlands, welche in ruhiger sachverständiger Erwägung der verwickeltesten Kirchenverhältnisse mit rechtsverständlichem Beirath erlassen sind, haben sich erhalten bis heute. Alle im Friedenstaumel, alle in konstitutionellen Verlegenheiten, alle zur Erreichung anderer politischer Zwecke beschlossenen Konföderate und Gesetze sind ausnahmslos bei Seite gesetzt und weggeschafft worden bei der nächsten Wendung im konstitutionellen Staat und haben den Kirchenstreit nur verlängert und vertieft. Die heutige Lage macht eine organische Gesamtkonzeßion unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung zu einem Postulat, welches alle Parteien nicht anders als in vollem Ernst stellen können. — Wollen Sie das in Erwägung ziehen bei unserem Antrag auf ernsthafte Berathung in einer Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Windthorst: Die Rede, welche wir soeben gehört, fordert sehr stark zu einer Erwiderung auf. Sie erinnert lebhaft an alle die Vorträge, welche wir von dem verehrten Herrn im Laufe der kirchenpolitischen Streitigkeiten gehört, und sie würde sich sehr viel besser ausgenommen haben, wenn sie 1873 gehalten worden wäre. (Sehr richtig! im Centrum.) Im Namen aller meiner fraktionsgenossen, die in voller Einmütigkeit zusammenstehen und zusammenbleiben werden (hörl! hört!), habe ich zu erklären, daß wir die Vorlage, wie sie aus

dem Herrenhause an uns gekommen ist, einfach ablehnen. Wir haben allerdings unsere Bedenken, aber wir lassen für jetzt die Sachen an sich beruhen (Heiterkeit links) und nehmen an, was geschaffen worden ist, nicht in Ueberlegung, nicht in Ueberstürzung, sondern nach sorgfältiger Ueberlegung der Regierung und vor Allem auch im Herrenhause. Wir werden deshalb unsererseits auch keine Amendements stellen. Sollten welche gestellt werden, so würde es sich finden, wie wir dazu Stellung zu nehmen hätten. Wir werden in keiner Weise irgend ein Veto sagen, was nach der einen oder der anderen Seite den Verhandlungen präjudiciren könnte, die off nbar über alle diese Dinge zwischen der Regierung und der Kurie bestehen. Wir sind erheut über die Lage, in der wir uns jetzt befinden, nicht weil wir nun glauben, so Außerordentliches erreicht zu haben (hörl!), sondern weil wir der Ansicht sind, daß der vollstättige Beweis gegeben ist, daß es der Kurie und — ich betone es mit besonderer Befriedigung — auch unserer Regierung und vor allen Dingen dem leitenden Staatsmann ernst ist, die Sachen zu Ende zu bringen. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Wenn der Vorredner gemeint hat, er möchte eine Kommissionsberathung beantragen, so werden Sie begreifen, daß meine Freunde und ich nach mehrerer Erklärung einen Stoff für kommissarische Berathung nicht finden. Da wir aber Niemandem einen Zwang aufzulegen wollen, so müssen wir es den Herren überlassen, ob sie eine Kommission durchsetzen wollen; wir stimmen nicht dafür, weil wir glauben, daß es gut und nützlich ist, diese nun so lange schon schwebende Sache thunlichst rasch zu Ende zu bringen und weil wir noch eine so große Zahl der aller schwierigsten Aufgaben hier und im Reichstag zu lösen haben. (Beifall.)

Abg. v. Jagdewski: Sie werden es natürlich finden, daß wir (Polen), die wir in diesem großen Kampfe mit dem Centrum zusammengearbeitet sind, in der soeben angekündigten Zurückhaltung derselben auch eine gewisse Rücksicht für uns erblicken mit einem Vorbehalt. Die Artikel 2 und 14 der Vorlage enthalten Ausnahmsbestimmungen für die Diözesen, die wir hier vertreten, und wir sind genöthigt und verpflichtet, diesen und untern Wählern gegenüber ein Amendement zu stellen, auf Erziehung des Alinea 5 im Artikel 2 und des Alinea 2 im Artikel 14, weil wir glauben, daß diese im Herrenhause eingefügte Klausel von keiner Seite gerechtfertigt worden ist.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich habe Namens meiner politischen Freunde die Erläuterung abzugeben, daß die Konzeßionen für die Bischöfe des Herrenhauses, wie sie an uns gekommen sind, geschloffen stimmen (Bischof im Centrum) und uns auch nicht für Kommissionsberathung, sondern für sofortige Berathung im Plenum entscheiden werden. Erleichtert wird uns unsere Stellung in diesem schwerwiegenden Augenblick durch die gründliche Arbeit des Herrenhauses und seinen mit großer Reife gefassten Beschluß, daß das Eintreten des Reichskanzlers für diesen Beschluß und seine Abstimmung für denselben. Wenn letztere auch nur in seiner Eigenschaft als Mitglied des Herrenhauses erfolgte, so ist sie doch gerade für uns als Mitglieder des anderen Hauses von ganz besonderem Werth — und durch das im Laufe der Verhandlungen thatsächlich wachsende Entgegenkommen der Kurie. Ueber daneben bestimmen uns auch innere Gründe, geschloffen für die Vorlage einzutreten. Die konservative Partei hat seit Jahren die organische Revision der Maßregelung gefordert, und alle Parteien in diesem Hause waren zu jener Zeit darüber einig, daß in den Maßregeln Bestimmungen enthalten seien, die in das innerkirchliche Leben der katholischen Kirche eingriffen, auch die Liberalen waren dieser Ansicht. Die Einreden der Gegner wurden lediglich im Mißtrauen, theils gegen sich selbst, theils gegen die Kurie. Man zweifelt einerseits an der Hoffnung, zu einem dauernden Frieden zu gelangen; die in der Jacobinischen Note an die Regierung der Anzeigepflicht geknüpften Vorbehalte liften diese Hoffnung nicht auskommen, da von einem Weltensinken der Staatseinsprüche in der Note nicht die Rede sei. Alle diese Bedenken der Gegner ruhen nur von Mißmuth gegen sich selbst. Die konservative Partei hat in kirchenpolitischen Dingen ein so gutes Gewissen, daß sie der zukünftigen Entwicklung in Ruhe entgegen gehen kann, sie weiß ganz genau, wie weit die Grenze zwischen Kirche und Staat getreut wird, und sie hat nicht das Mißtrauen gegen untern leitenden Staatsmann, noch auch gegen die Dynastie, daß uns Vor schläge gemacht werden, die über diese Grenze hinausgehen; wir vertrauen, daß aus den ferneren Verhandlungen in Rom der Friede erwachsen wird. Wir geben nichts von den Rechten des Staates auf, wir wollen nur untern katholischen Mitbürgern den Frieden wiedergeben, den sie lange ersehnen, den Mitbürgern, die uns die Einheit des Reichs haben erlumpfen lassen (Beifall im Centrum) und wir hoffen, daß dieser Friede so einmütig wie möglich erzielt werden möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Cuny: Wir Nationalliberalen werden geschloffen gegen die Beschloffe des Herrenhauses stimmen. Herr v. Rauchhaupt hat uns Mißtrauen gegen die Kurie zum Vorwurf gemacht; ich erwidere: Ja, ich habe Mißtrauen gegen die Kurie! (Unruhe im Centrum und rechts.) Ich persönlich bin vor drei Jahren an dieser selben Stelle in derselben Lage gewesen, Namens der Nationalliberalen die ablehnende Haltung zu den damaligen Arbeitsbeschloffen auszusprechen, ich habe damals dargelegt: „Wir würden wünschen, daß diese Vorlage einen günstigen Abbruch in den Verhandlungen mit der Kurie bedeutete, das wünschen wir, die wir diese Verhandlungen mit der Kurie von jeher mit dem größten Mißtrauen angesehen haben u. s. w.“ Haben sich Uebelsände ergeben, denen Abhilfe geschaffen werden muß, so ist diesen auf dem Wege der einseitigen staatlichen Gesetzgebung entgegenzutreten, ohne Uebernahme von Verpflichtungen gegen die Kurie; so wurde es 1880 mit der ersten kirchenpolitischen Novelle gehalten, für die auch ein großer Theil meiner Freunde gestimmt hat, und ich bekenne mich trotz der schweren Angriffe, die uns gerade jene Abstimmung von 1880 zugezogen hat, noch jetzt dazu. Unser Mißtrauen hat neue Nahrung gefunden durch die Note des Kardinals Jacobini die uns noch hinter das Juridisch, was bei den Herrenhausverhandlungen bereits als feststehend galt. Wie Herr von Rauchhaupt unseren Erfahrungen in den kirchlichen Kämpfen gegenüber von einem dauernden Frieden sprechen kann, verstehe ich nicht; wir können auch nicht einmal den Weg zu einem vorübergehenden Frieden erblicken, sondern leben in der Nichtanerkennung eines wirklichen Einspruchsrechts den Reim zu neuen Kämpfen. Und hat uns nicht Herr Windthorst oftmals mit dankenswerther Entschiedenheit nach dem Ende des Kulturkampfes den Kampf um die Schule angekündigt? Das soll der Weg zum Frieden sein? Aus diesem Grunde können wir für die Vorlage nicht stimmen. Wir leben voraus, wenn jetzt in dem Kampfe zwischen Staat und Kirche ein anderer Ton zur Geltung kommt, erdröhnen wird der Kampf von Neuem. Wir haben in dem bisherigen Kampf um Staat und Kirche gesehen, wenn der Staat von Neuem im Kampf der Kurie gegenübersteht, so werden wir von Neuem um Staat stehen.

Beil sich der sachverständige Zeuge auf der Reise nach dem Auslande befand, wurde ihm der Eid abgenommen und schon am folgenden Tage, am letzten Donnerstag, befand sich Quatit auf freiem Fuße. Das Verfahren gegen ihn wird zweifellos eingestellt werden.

Beifug gerichtlicher Obduktion ist am gestrigen Tage die Leiche einer bisher in der Ballistadenstraße wohnenden circa sechsundzwanzigjährigen Wittwe Gutte in die forensische Abteilung des neuen Leichenhauses eingeliefert worden. Den Bewohnern des genannten Hauses war es aufgefallen, daß die Wittwe seit einigen Tagen sich nicht hatte sehen lassen und auf erfolgte Anzeigeliß dabei die Polizei gestern die Desseunung der betreffenden Wohnung bewirkte. In derselben fand man die Vermählte als Leiche in ihrem Bette liegen, und zwar mußte, nach Befund an urtheilen, der Tod bereits am Sonntag eingetreten sein. Da ein von Hausbewohnern herbeigerufener Arzt die Todesursache nicht festzustellen vermochte, so erfolgte auf Anordnung der Behörde die Ueberführung der Leiche nach dem oben genannten Institut.

Zurückgelassenes Kind. Am 25. v. M. hat eine unbekante, etwa 30 Jahre alte Frauensperson von mittlerer Größe, mit dunklem Haar, bekleidet mit einfachem grauen Kleid, in der im Hause Göttenstr. 13 belegenen Wohnung einer Maurersfrau ein circa 7 Monate altes Mädchen unter dem Versprechen zurückgelassen, dasselbe bald abzuholen. Das Kind war mit einem schwarzen und weißfarbigen und mit blauer Einfassung versehenen Tragekleid, sowie mit einem rothbraunen Unterrock bekleidet. Da die Frauensperson zur Abholung des Kindes bis jetzt noch nicht erschienen ist, so wurde letzteres dem Großen Friedrichs Waisenhaus übergeben.

Einen bedauerlichen Fund machte am Sonntag früh hinter Friedrichsberg auf der Frankfurter Chaussee der Gendarm Henné. Derselbe machte seinen Patrouillengang die Chaussee entlang in der Richtung nach Friedrichsberg und fand dort unmittelbar an einem Gartengitter die Leiche eines etwa drei Jahre alten, ärmlich gekleideten Mädchens. Da an der Leiche keine Verletzungen sichtbar, so bleibt nach der Ansicht des die Leiche untersuchenden Arztes vorläufig nur die Annahme übrig, daß das Kind sich verlaufen, vor Mitternacht spät Abends sich dorthin gelegt und während der kalten Nacht erfroren ist. Trotz aller Bemühungen ist es im Laufe des Sonntags nicht gelungen, Angehörige des Kindes in Friedrichsberg oder Nichtenberg zu ermitteln. Dasselbe scheint demnach aus Berlin sich verlaufen zu haben.

Keine Kowidies. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde durch einen Wächter des 37. Polizei-Reviers ein Kaufmann nach der Sanitätswache in der Marlagrasenstraße gebracht, welcher eine klaffende, stark blutende Wunde über dem linken Auge hatte. Ihm mußten vier Nähte angelegt werden. Wie ermittelt wurde, hatte der Verletzte die Wunde bei einer Schlägerei mehrerer „Herren“ erhalten, und zwar durch das untere Ende eines starken Spazierstockes.

Marktallenthalen-Bericht von J. Friedmann, Konfessionierter Verkaufsvermittler. Berlin, Zentral-Marktalle, den 4. Mai 1886. Die Zufuhren zu den Auktionen der konfessionierten Verkaufsvermittler umfassen heute schon größere Quantitäten und so entwickelte sich bereits ein recht lebhaftes Auktionsgeschäft. Es wurde heute die erste Fleischauktion abgehalten, in der die Waare Rind- und Schweinefleisch zu normalen Preisen abging und von Kleinhändlern und größeren Konsumenten gekauft wurde. Auch Geflügel, Hühner mit 1,75 M. und Rauchwaren, fanden schlanke Abzug. An Spargel war Mangel, die Preise zogen zu 80 P. an, Fische und Schwarzwasser gingen zu regulären Preisen fort, frische Gemüse sind noch rar und Früchte fehlten fast gänzlich. Butter, Käse und Eier waren in nur mäßigen Quanten zugefugt, die Preise hielten sich in den üblichen Grenzen.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 18. bis 24. April 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	18./4.	19./4.	20./4.	21./4.	22./4.	23./4.	24./4.
Am Oberbaum	2,94	2,92	2,90	2,89	2,85	2,81	2,78
Dammühle, Oberwasser	2,84	2,81	2,78	2,78	2,73	2,70	2,65
Dammühle, Unterwasser	—	1,92	1,91	1,89	1,81	1,74	1,65

Polizei-Bericht. Am 3. d. M. Vormittags wurde der laubstümme Schumacher Act an der Ecke der Königs- und Neuen Friedrichsstraße von einem Wagen der Brauerei Humboldt überfahren und so schwer am Kopf verletzt, daß er auf ärztliche Anordnung nach der Spiersee gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde am Gerglerplatz in der Schönhofstraße Altes das Pferd des Schlächters Schollain bei dem plötzlichen Einsetzen der Kugel einer marschierenden Truppen-Abtheilung scheu und ging durch. Schollain fiel vom Wagen, gerieth unter die Räder und erlitt Verletzungen am linken Fuß. — Am Nachmittag desselben Tages wurde der Hausdiener Kluge vor dem Hause Potsdamerstr. 18 durch den Wagen eines in übermäßig schneller Gangart hinter ihm fahrenden Schlächters überfahren und an den Händen und am linken Fuß verletzt.

Gerichts-Zeitung.

† „Bäckerpaul“. Bilder aus dem Verbrecherleben entrollte eine Verhandlung, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank saßen zwei junge Menschen, eine vierundzwanzigjährige Frau und ein älterer Mann; die Stiebler, der Dehler und die „Schmierschere“. Mit Ausnahme der Frau, die nur wegen Verstoße gegen die Kontrolle der Sittenpolizei vorbestraft ist, verfielen die anderen über ein großes Sündenregister; die jungen haben aber länger im Gefängnis gesessen, als der ältere Mann. Bei den beiden Dieben findet sich auch dieselbe Steigerung der Strafen; zuerst sind beide wegen ganz geringer Eigentumsvergehen mit Haftstrafen belegt worden, dann steigert sich die Schwere des Vergehens und der Strafe. Mit dem Zuchthaus hat aber nur der Eine — sein Spitzname in der Verbrecherwelt ist Bäckerpaul, mit seinem vollen Namen heißt er Paul Seligmann — Bekanntschaft gemacht. Beide haben außerdem eine Reihe von Haftstrafen wegen „Betteins und Landstreichens“ abgemacht. Der ältere Mann ist ausschließlich wegen Hehlerei vorbestraft, seinen Beruf bezeichnet er als Handelsmann. Die Frau oder richtiger das Mädchen spricht mit stark polnischem Akzent, sie ist ohne besonderes Verschulden in diese Gesellschaft geraten, sie hat zufällig die Bekanntschaft des Genossen des „Bäckerpaul“ gemacht und nennt ihn ihren „Beliebten“. „Bäckerpaul“ hat sich wegen zweier schweren Diebstähle zu verantworten, die er gemeinschaftlich mit seinen Genossen L. ausgeführt haben soll; er leugnet aber hartnäckig, auch nur das Geringste von diesen Verbrechen zu wissen. L. ist durchweg geständig; er giebt zu, zwei Holslöcher von geringem Werth von der Thür eines Ladens abgerissen und sie dann weiter veräußert zu haben. Ebenso erzählt er ausführlich und mit Beachtung seines Komplizen, wie die beiden Einbruchdiebstähle vor sich gegangen sind. Am frühen Morgen des letzten Neujahrsabends sei er und der „Bäckerpaul“, den er im „Hilf“ getroffen habe, in den Kellerraum eines bereits geöffneten Hauses hinabgeklommen, sie hätten eine Kellertür erbrochen und 13 Flaschen Wein entwendet. Einige Flaschen hätten sie sofort ausgeleert und die übrigen dann in ihrer Betrunktheit weiter verkauft. Besonders gut kann der Trunk nicht gewesen sein, denn nach der Angabe des Besitzers — eines Apothekers — hatten die

gestohlenen 13 Weinflaschen einen Werth von 10 M. 50 Pf., trotzdem „medizinischer Tolage“ sich darunter befunden hat. Der zweite Diebstahl wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Januar d. J. ausgeführt. L. hatte in einem Stadtbahndogen an der Jannowbrücke die Winternächte verbracht und eine „Bargarnbude“ erndtet, die nicht besonders verwahrt war. Er verständigte den Seligmann und zwang seine Geliebte unter Drohungen, Wache zu stehen. Das Schloß der hinteren Thür wurde erbrochen, eine Eisenfange entfernt und die Bude ausgeplündert. Zigarten im Werthe von 200 M. fielen den Dieben in die Hände. Der Raub wurde theils veräußert, theils veräußert, theils an den Handelsmann B. verkauft. — Das Urtheil war ein strenges. L. erhielt 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, von denen 3 Monate durch die viermonatliche Untersuchungshaft als verübt betrachten wurde; Bäckerpaul wurde trotz seines Vergehens zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurtheilt, der Dehler bekam 9 Monate Gefängnis, von denen er 6 Monate noch abzusitzen hat und die „Schmierschere“ wurde mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, für welche ihr aber die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Bäckerpaul erklärt, Revision einlegen zu wollen.

Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Dranienburger Vorstadt und des Wedding hielt am 3. d. Mts. in Kleine's Salon, Gerichtsstraße 10, eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende Herr Kunkel bedauerte, daß es ihm nicht möglich war, einen Referenten für den Abend zu gewinnen, welcher bereit gewesen wäre, einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten. Der Vorstand habe beschlossen, mehr für wissenschaftliche Vorträge zu sorgen, um die Versammlungen nicht gestört zu sehen. Zu „Verschiedenes“ sprach Herr Kunkel über den bekannten ministeriellen Erlaß. Er wies darauf hin, daß dieser Erlaß nicht geeignet sei, derartigen Gewaltthaten, wie sie bedauerlicher Weise in Belgien vorgekommen seien, vorzubeugen. Dadurch, daß man die Leiter von Streiks als sozialdemokratische Agitatoren bezeichne, würde die Zufriedenheit der Arbeiter nicht sonderlich gefördert. Bei den Neuerungen des nächsten Redners, Herrn Marx, welcher ebenfalls über den Erlaß des Herrn Ministers v. Bülow, sowie über das Sozialistengesetz sprach, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst.

Best. 2. Mai. Heute Nachmittag fand hier unter Vorsitz des Herrn Dr. Köllig, eine von der Zeitung der ungarländischen Arbeiterpartei einberufene Volksversammlung in Angelegenheit des Gegenwurfs über den Landsturm statt, die sich zu einer Manifestation für das allgemeine Wahlrecht gestaltete. Es dürften ungefähr tausend Personen am P. angewesen sein. Als erster Redner trat der Beamte der Arbeiter-Kranken- und Invaliden Kasse Jakob Kürschner auf. Er schilderte die großen Nothen, die durch das in Aussicht stehende Gesetz über den Landsturm namentlich dem arbeitenden Volke aufgedrückt werden. In erster Linie bedrückt den Arbeiter die Sorge um die Erhaltung seiner Familie, wenn deren Erhalter gezwungen wird, den Kriegspfad zu betreten. Jedermann, der mit den Verhältnissen der Arbeiter vertraut ist, weiß wohl, daß der Arbeiter nur in den allerersten Fällen einen Paß pfennig zur Seite legen kann. Ist er nur einige Tage ohne Arbeit, so hält schon Noth ihren Einzug in sein Heim. Was wird mit seiner Familie geschehen, wenn er Wochen, vielleicht Monate lang die Waffen zu tragen verhalten wird und v. U. ist gar in die Fremde ziehen muß? Sein Weib und seine Kinder werden elend zu Grunde gehen. Die Vorlage über den Landsturm bestimmt nämlich wohl, daß der Staat für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen zu sorgen hat, aber es ist mit keiner Silbe erwähnt, was mit der Familie des Armen zu geschehen hat, die, ihres Oberhauptes für eine längere Zeit beraubt, ihren Unterhalt selbst zu erwerben nicht im Stande ist. Würde in dem Gegenwurfe eine Bestimmung über die eventuelle staatliche Unterstützung der nothleidenden Familien der am Landsturm Theilnehmenden enthalten sein, dann wäre eine Einsprache gegen die Vorlage seitens der Arbeiterschaft überflüssig, denn diese ist der Pflichten gegen das Vaterland sich wohl bewußt. In dieser Beziehung ist aber die Vorlage über den Landsturm mangelhaft und gebietet es das Interesse der Arbeiter, die Landesräthe darauf aufmerksam und dieses Verhältniß durch die Einschaltung entsprechender Verfügungen gut zu machen. Leider kann die Arbeiterschaft ihre diesbezüglichen Wünsche nur durch Resolutionen und im Petitionsweg kundgeben, denn die ungarländischen Arbeiter entbehren noch immer der politischen Rechte, die ihnen eine Ausnahme auf die öffentlichen Angelegenheiten gewährt werden würden. Und doch wäre es hoch an der Zeit, dem Arbeiter die so lange vorenthaltenen politischen und bürgerlichen Rechte zu geben, deren sich die anderen Klassen der Gesellschaft schon seit Langem erfreuen. Trägt der arme Arbeiter nicht dieselben Lasten wie der Reiche? Ja, vielleicht in einem noch viel größerem Maße als letzterer, denn die Blutsteuer wird vornehmlich von der Masse des arbeitenden Volkes geleistet. Partispirt der Arbeiter nicht etwa an den direkten und indirekten Steuern, deren Begleichung ihm doppelt schwer fällt? Und trotz alledem erscheint er ausgeschlossen aus dem Parlament, aus den Berathungsräten der Komitate und Kommissarien. Diesen abnormen Zuständen kann nur in der Weise abgeholfen werden, wenn die Arbeiter ihre frei gewählten Vertreter in dem Abgeordnetenhaus und in den Verwaltungskörpern der Kantipien haben werden. Dies kann aber nur auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes erreicht werden und deshalb müssen die Arbeiter, von dem Prinzip: „Gleiche Pflichten — gleiche Rechte“ ausgehend, unentwegt und immer wieder das allgemeine Wahlrecht fordern, bis sie endlich dieses Ziel erreicht haben werden. — Stimmlicher Applaus folgte den Worten des Redners, worauf dieser der Versammlung die Annahme der folgenden Resolution vorschlug: „In Erwägung, daß die arbeitende Klasse unseres Vaterlandes auch bisher schon außer den direkten und indirekten Geldsteuern mit der Blutsteuer im größten Maße belastet ist, in Erwägung ferner, daß die arbeitende Klasse gegenüber all diesen Opfern seitens der Gesetzgebung bisher mit keinem Rechte betheilt wurde, und schließlich in Erwägung, daß die Gesetzesvorlage über den Landsturm, wenn dieselbe zum Gesetze erhoben wird, abermals nur die arbeitende Klasse in vollem Maße belastet; erklärt die heute tagende Volksversammlung, daß sie zwar, vom Standpunkte der Vertheidigung des Vaterlandes ausgehend, nicht gegen das Prinzip der allgemeinen Volksbewaffnung ist, jedoch mit dieser Institution insoweit nicht sympathisch sein könne, bis die Gesetzgebung, der Gerechtigkeit entsprechend, den zu leistenden Pflichten auch die folgerichtige Rechtfertigung zum Gesetze ertheilt und vor allem das allgemeine Wahlrecht gewährt.“ Als nächster Redner nahm der Buchdruckerbesitzer und Herausgeber der „Arbeiter-Wochenzeitung“, Anton Jörlinger, das Wort, um gleichfalls für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes zu plaidiren. Es sprachen noch mehrere Redner in ähnlichem Sinne. Nach einem Resümé des Vorsitzenden wurde hierauf die Resolution von der Versammlung einhellig angenommen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der Beschädigung der Pariser internationalen Arbeiter-Industrie-Ausstellung. Dr. Köllig legte die Beweggründe dar, welche die ungarländischen Arbeiter dazu bestimmten, auf dieser Ausstellung zu erscheinen. Es gilt den Beweis zu erbringen, von der noch immer nicht genügend gewürdigten Leistungsfähigkeit des ungarländischen Arbeiters. Trogt die Regierung dem Unternehmen abhold ist und auch die Gesellschaft sich indifferent verhält, glaubt das Exekutiv-Komitee im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt haben, indem es für die Be-

schädigung der Ausstellung seitens der ungarländischen Arbeiter wirksam ist und in dieser Beziehung auf die werthigste Unterstützung aller wahren Arbeiterfreunde hofft. Jakob Kürschner und Anton Jörlinger betonten gleichfalls die große Wichtigkeit der Pariser Ausstellung für die ungarländischen Arbeiter. Es soll gesagt werden, daß deren Erzeugnisse nicht die Konkurrenz mit den ausländischen Fabrikateuren auszuhalten können. Aus eben diesem Grunde mußte auch die Anforderung der Wiener Arbeiter-Fachvereine, gemeinschaftlich mit den ungarländischen Arbeitern die Ausstellung zu besuchen, zurückgewiesen werden. Nachdem noch mehrere Redner in ähnlichem Sinne gesprochen, ergriff der Vorsitzende nochmals das Wort, um die materielle Unterstützung des Unternehmens der Arbeitern wärmstens ans Herz zu legen, die jetzt bloß auf ihre eigene Kraft angewiesen sind. In den Ausgangsthüren waren Sammelstellen für Jörlinger der Pariser Ausstellung errichtet und ist eine ziemlich beträchtliche Summe eingegangen.

* Verein Berliner Mechaniker. Donnerstag, den 6. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant d. Gorge, Alte Jakobstr. 128, Vortrag des Herrn Dr. Plato, Astronom, über „die Sonne“. Gäste willkommen. Am Sonntag, den 9. Mai, Vormittag 10 Uhr, findet bestimmt die Besichtigung der „Normalapparate“, welche bei der Prüfung von Gasmaschinen angewendet werden, mit erläuterndem Vortrag, im kaiserlichen Normalausgleichsamt statt. Versammlung 9 1/2 Uhr im Endeplatz.

* Öffentliche Versammlung sämtlicher Stellmacher Berlins und Umgegend Mittwoch, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, in Gräß's Salon, Brunnerstr. 140. Tagesordnung: Unser Strich.

* Bouisensstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“. Mittwoch, den 5. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, Vereins-Versammlung in Kriegers Salon, Wasserhorstraße 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gysenien. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragenkasten.

* Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider (W. A.). Versammlung am Mittwoch, den 5. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 77/79, Grateweiß Bierhallen (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1885. 2. Wahl eines Vertrauensorgans. 3. Wahl einer Revisionskommission. 4. Wahl eines Vergütungskomitees. 5. Verschiedenes.

* Zentral-Kranken-, Sterbe- und Unterstützungs-Verein der deutschen Zimmerer. Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 77. Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Vorsitzenden und Schriftführers. 2. Rassen-Abrechnung. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.

* Versammlung der Wäsche-Zuschneider heute Mittwoch 8 Uhr bei Weid, Alexanderstr. 31.

Kleine Mittheilungen.

London, 1. Mai. Nach einem Berichte des Handelsministeriums sind auf britischen Dampfern im Jahre 1884/85 707 Menschen untergegangen gegen 614 im vorangegangenen Jahre. Von obigen 707 entfielen 121 Seeleute und 1 Passagier auf vermehrte Dampfer; 46 Seeleute und 4 Passagiere auf strandete Dampfer; 74 Seeleute und 23 Passagiere verloren ihr Leben in Folge von Kollisionen, und durch andere Ursachen blühten 37 Seeleute und 3 Passagiere ihr Leben. Die Anzahl der vermehrten Dampfer im Jahre 1883/84 betrug 16 im Jahre 1884/85.

Wien, 30. April. Die „Wiener Allg. Ztg.“ erzählt, daß im allgemeinen Krankenhaus seit Kurzem einige Personen an einer äußerst selten vorkommenden gefährlichen Krankheit niederklagen. Es ist dies die epidemische Genickstarre, von welcher zwei Personen bereits erlegen sind. Die Professoren Nothmann und Bamberger sind der Ansicht, daß das epidemische Auftreten dieser schmerzhaften Krankheit, die mit einem raschen Prognostik sich sicher Fälle verläuft, außer in dem Krankenhause schlechter Wohnungen, vornehmlich im schlechten Trinkwasser suchen ist. 1865 trat diese Krankheit zum letzten Male in der Niederösterreich 20 solche Fälle gemeldet werden, bei denen der Sanitätsreferent der Statthalterei beifugte Unterstützung dorthin begeben.

Lezte Nachrichten.

Der „Nat. Ztg.“ telegraphirt man aus Paris, daß am Abend: Daß der revolutionäre Kandidat Roche bei der gestrigen Erziehung in Paris mehr als 100 000 Stimmen erhalten hat, verursacht hier einen bedenklichen Eindruck. Rocher wird behauptet, die Monarchisten hätten nicht selten die Wahlbestimmung weniger als 25 Prozent betragen. Roche daselbst deinde gar keine Stimme erhalten bei den Allgemeinen haben nur 47 Prozent der eingeschriebenen Wähler gestimmt.

Während die allgemeine Stimmung in England sich und mehr mit den allerdings sehr wesentlich modifizirten Reformplänen Gladstones zurechtfindet, so ist die große Mehrzahl der Londoner Blätter, die in diesem Sinne nicht mehr als die Vertreter der öffentlichen Meinung zu trachten sind, auf der absoluten Verwerfung der Pläne Gladstones. Wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, bezeichnen die Londoner Journale die Adresse, welche Gladstone vor dem Verzeiwung, welchem wahrscheinlich bald die Auflösung des Unterhauses folgen würde.

Der Streik der Arbeiter der Missouri-Vogel-Eisenbahn bezieht. — Aus Chicago wird vom 3. Mai gemeldet, daß die streikenden Arbeiter eine Fabrik angriffen; es kam zu den die Fabrik verteidigenden Polizeimännern und den streikenden zu einem Zusammenstoß, bei welchem 5 Arbeiter und 4 Polizisten durch Schußwunden verletzt wurden.

Das „Berl. Tagebl.“ urtheilt über die Stellung der Nationalliberalen und der Polen, welche geschlossen gegen die kirchenpolitische Vorlage stimmen werden — letztere wegen darin für Polen enthaltenen Ausnahmestimmungen. Die Polen alle Fraktionen in ihrem Rotum aus einandergeben. Die Freikämpfer stimmen ein Theil (unter Richters Führung) für, ein anderer Theil (mit Birchow an der Spitze) gegen die Vorlage. Die Mehrheit der Konservationen, von dem Generalen von Rauchhaupt rdnerrisch vertreten, nimmt den Standpunkt an, die oppositionelle Minderheit wird der Abgeordnete von Limburg-Sturion führen. Die Mehrheit der Freikämpfer, deren Standpunkt der Abgeordnete von Redlig-Neudamm legen wird, geht mit den Nationalliberalen.

Briefkasten der Redaktion.

H. R., Königsbergerstraße. Sagen Sie nur zur Expedition, Zimmerstr. 44, aufzugeben.

M. R. 32. Wenn bei Beginn des Arbeitsjahres nichts Anderes ausgemacht ist, so gilt 14tägige Kündigung. Fröh B. Diejenigen Arbeiter, welche nicht in der Fabrik oder Werkstatt des Arbeitgebers, sondern bei sich zu arbeiten, fallen im Allgemeinen nicht unter die Bestimmungen des Krankenlaffengesetzes. Die Gemeindebehörde kann die Ausdehnung des Gesetzes auf die sogen. Hausindustriellen beschließen. Da für Berlin ein solcher Beschluß unseres Wissens nicht ergangen ist, hatten Sie weder für Auskosten noch Krankenlaff.